



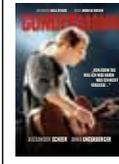
#aufstehen

- Gemeinsam für ein gerechtes und friedliches Land *Seite 2*
- Aufstehen oder liegen bleiben *Seite 5*



Abrüsten statt Aufrüsten

- Über 90 000 Unterzeichner sagen „Nein“ zur Aufrüstung *Seite 14*



Gundermann – Der Film

- Gundermann – Poet, Rebell, Arbeiterdichter *Seite 16*



Sie finden uns vor Ort – DIE LINKE Oder-Spree, 15517 Fürstenwalde, Mühlenstraße 15, Telefon (033 61) 3 30 69 – und im Internet:

www.miete-bezahlbar.de

Noch Fragen? Kontakt: E-Mail an kontakt@miete-bezahlbar.de, Telefon (030) 2400 9999.

DIE LINKE fordert

1. Jedes Jahr 250 000 Sozialwohnungen mehr!

Es fehlen mindestens fünf Millionen Sozialwohnungen. In vielen Städten hätte über die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein. Aber es gibt keine Wohnungen für sie. Wir wollen, dass Sozialwohnungen gebaut, gekauft und umgewandelt werden. Ohne Drehtüreffekt: Die Sozialbindung darf nicht auslaufen! Keine Sozialmiete über 250 Euro pro Person, warm.

2. Runter mit den Mieten! Mietwucher verbieten!

Die Mietsteigerungen der vergangenen Jahre müssen zurückgenommen werden! Bis es verbindliche Höchstmieten gibt: Alle Mieterhöhungen stoppen! Die Modernisierungsumlage muss abgeschafft werden!

3. Keine Spekulation mit Wohnraum!

Immobilienkonzerne in die öffentliche Hand! Mit Wohnen darf nicht an der Börse gehandelt werden. Private Wohnungskonzerne, wie VONOVIA und Deutsche Wohnen, weisen wir in die Schranken.

4. Wie wir wohnen wollen: öffentlich, genossenschaftlich und gemeinnützig!

Bezahlbare, ökologisch modernisierte und den verschiedenen Bedürfnissen angepasste Wohnungen müssen wieder von der öffentlichen Hand gebaut werden. Nicht Markt und Profit stehen im Mittelpunkt, sondern der Bedarf der Menschen.

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

DOKUMENTIERT

Gründungsaufruf

der SAMMLUNGSBEWEGUNG #aufstehen

Wir haben kein vorgefertigtes Programm. Der Gründungsaufruf ist die grundsätzliche Gesinnung der Bewegung. Das Programm werden wir gemeinsam mit unseren Anhängern erarbeiten.

Gemeinsam für ein gerechtes und friedliches Land

Es geht nicht fair zu. Nicht in unserem Land, nicht in Europa und auch nicht auf der großen Bühne der Weltpolitik. Profit triumphiert über Gemeinwohl, Gewalt über Völkerrecht, Geld über Demokratie, Verschleiß über umweltbewusstes Wirtschaften. Wo nur noch Werte zählen, die sich an der Börse handeln lassen, bleibt die Menschlichkeit auf der Strecke. Dagegen stehen wir auf: für Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt, für Frieden und Abrüstung, für die Wahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir leben in einem Land voller Widersprüche. Wir bauen international gefragte Autos und Maschinen, aber unsere Kinder schicken wir in marode Schulen, in denen Lehrerinnen und Lehrer fehlen und immer wieder der Unterricht ausfällt. Die Regierung rettet Banken und subventioniert Konzerne, aber sie ist nicht bereit, alte Menschen vor Armut zu schützen. Das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft, dass jeder, der sich anstrengt, auch zu Wohlstand kommen kann, gilt im Zeitalter von Leiharbeit und Niedriglohnjobs nicht mehr. Es gibt immer mehr Arbeitsplätze, von denen man nicht leben, geschweige denn eine Familie ernähren kann. Die Mittelschicht wird schmaler. In kaum einem anderen europäischen Land ist die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern so groß wie bei uns in Deutschland. Gerade diejenigen, die sich im Beruf fürsorglich um andere Menschen kümmern, werden oft demütigend schlecht bezahlt. Weit mehr als die eigene Leistung entscheidet die Herkunft über die Chance auf ein gutes Leben. Die Vermögensungleichheit ist so hoch wie zu Kaisers Wilhelms Zeiten.

Vor allem große Unternehmen und ihre Eigentümer sind die Gewinner von Globalisierung, Freihandel, Privatisierung und EU-Bin-

nenmarkt. Für die Wohlhabenden hat sich das Versprechen „Europa“ erfüllt. Wer hoch qualifiziert und mobil ist, kann die neuen Freiheiten nutzen. Im Gegensatz dazu hat knapp die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland heute ein geringeres Realeinkommen als Ende der neunziger Jahre. Viele von ihnen sehen in Freizügigkeit und Zuwanderung vor allem eine verschärfte Konkurrenz um schlecht bezahlte Arbeitsplätze. Auch für osteuropäische Beschäftigte in deutschen Schlachthöfen oder in der Pflege ist vor allem die Ausbeutung grenzenlos geworden. Und während Konzerne hohe Dividenden ausschütten, streiten die Ärmsten an den Tafeln um überlagerte Lebensmittel.

Seit der Sozialstaat keine ausreichende Sicherheit mehr gibt, kämpfen viele für sich allein. Wer seinen Job verliert oder durch längere Krankheit ausfällt, ist schnell ganz unten. Hartz IV entzweit Lebensleistung, egal, wie lange jemand gearbeitet und in die Sozialkassen eingezahlt hat. Im öffentlichen Bereich wird gekürzt und privatisiert. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Wasser, Bahnverkehr, Schwimmbäder ... - mit allem wird heute Profit gemacht. Besonders dramatisch sind die Veränderungen am Wohnungsmarkt, seit nicht mehr Städte und Gemeinden, sondern renditeorientierte Investoren den Takt angeben. Menschen mit normalen Einkommen, vor allem Alleinerziehende und Familien mit Kindern, können sich Wohnungen in den Innenbezirken großer Städte kaum noch leisten.

Die Zerstörung des sozialen Zusammenhalts, wachsende Unzufriedenheit und empfundene Ohnmacht schaffen einen Nährboden für Hass und Intoleranz. Auch wenn der Hauptgrund für Zukunftsängste die Krise des Sozialstaats und globale Instabilitäten und Gefahren sind: Die Flüchtlingssentwicklung hat zu zusätzlicher Verunsicherung geführt. Über-

griffe auf Menschen aufgrund ihres Aussehens oder ihrer Religion häufen sich. Wir lehnen jede Art von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass ab. Gerade deshalb halten wir die Art und Weise, wie die Regierung Merkel mit den Herausforderungen der Zuwanderung umgeht, für unverantwortlich. Bis heute werden Städte, Gemeinden und ehrenamtliche Helfer weitgehend allein gelassen. Viele bereits zuvor vorhandene Probleme wie der Mangel an Sozialwohnungen, überforderte Schulen oder fehlende Kita-Plätze haben sich weiter verschärft. Am Ende leiden vor allem die ohnehin Benachteiligten.

Die globalen Gefahren wachsen. In den internationalen Beziehungen ersetzt das Faustrecht des militärisch Stärkeren immer öfter Verhandlungen und Diplomatie. Hemmungslos werden Kriege geführt, um Zugang zu begehrten Rohstoffen zu erhalten oder geopolitische Einflusszonen auszuweiten. Das gilt besonders für die Vereinigten Staaten. Diese Kriege haben ganze Regionen verwüstet, islamistische Terrorbanden gestärkt und sind ein wesentlicher Grund für globale Fluchtbewegungen. Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit in Europa und des Interessenausgleichs zwischen kleineren und größeren Staaten wurde aufgegeben. Das Wettrüsten zerstört alle Errungenschaften der Abrüstung in den 90er Jahren. Im Verhältnis zu Russland herrscht Eiszeit. Und deutsche Regierungen machen immer öfter mit: bei Kriegen, bei Waffenexporten in Krisengebiete, bei der Missachtung des Völkerrechts. Die Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes der großen Atommächte ist wieder größer geworden.

Von naturverträglichem, klimaschonendem Wirtschaften sind wir nach wie vor weit entfernt. Im Gegensatz zum Anspruch von Kreislaufproduktion und langer Haltbarkeit werden viele Produkte von den Herstellern extra so

konstruiert, dass sie schnell kaputt gehen und sich schlecht oder gar nicht reparieren lassen. Im Ergebnis wachsen die Müllberge. Die Vergiftung der Böden, des Grundwassers und der Meere erreicht bedrohliche Ausmaße. Gerade Ärmere sind in besonderem Maße betroffen. Sie wohnen meist an den lautesten Straßen mit der schlechtesten Luft, haben im Beruf weit öfter mit gesundheitsgefährdenden Substanzen zu tun und müssen beim Einkauf ihrer Lebensmittel besonders auf den Preis achten. Dass Arme in Deutschland im Schnitt 10 Jahre früher als Reiche sterben, hat nicht nur, aber auch damit zu tun.

Wir nehmen das nicht mehr hin. Wir wollen nicht in einer Gesellschaft leben, die sozial immer tiefer gespalten ist. Wir halten es für falsch, dass die deutsche Regierung sich einer unberechenbaren, zunehmend auf Konflikt orientierten US-Politik unterordnet, statt sich auf das gute Erbe der Friedens- und Entspannungspolitik Willy Brandts, Egon Bahrs und der Friedensbewegung in Ost und West zu besinnen. Statt Bio nur für Besserverdiener, fordern wir eine gesunde Umwelt und gesundes Essen für alle. Wir erwarten, dass Deutschland und Europa sich ihrer Mitverantwortung für Flucht und Migration stellen und endlich überzeugende Schritte zur Bekämpfung der Ursachen beschließen.

Es ist eine Lüge, wenn man uns erzählt, die aktuelle Politik sei im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung alternativlos. Wachsende Ungleichheit ist keine Naturgewalt. Der globalisierte Finanzkapitalismus, der Konzerne und Vermögende aus der sozialen Verantwortung entlässt, ist nicht Ergebnis technologischer Entwicklungen, sondern politischer Entscheidungen. Die Digitalisierung kann uns neue Freiheiten bringen und unser Leben vielfältiger und reicher machen, wenn wir ihre Gestaltung nicht den Profitin-

teressen globaler Internetgiganten überlassen.

Wir bejahen fairen internationalen Handel. Aber eine Globalisierung, die transnationalen Kapitalgesellschaften ermöglicht, demokratische Regeln zu umgehen und sich weltweit die billigsten Arbeitnehmer, die niedrigsten Steuern und die schlechtesten Standards auszusuchen, lehnen wir ab. Beschäftigte dürfen nicht länger Spielball von Renditezielen sein. Der Mensch ist kein Kostenfaktor. Nicht er ist für die Wirtschaft da, sondern die Wirtschaft für den Menschen. Das deutsche Grundgesetz sagt unmissverständlich: Eigentum verpflichtet, es soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Die Spielräume für die Politik in einzelnen Ländern sind auch heute noch weit größer als uns eingeredet wird. Eine vernünftige Politik kann den sozialen Zusammenhalt wiederherstellen und den Sozialstaat erneuern. Sie kann die Bürger vor dem globalen Finanzkapitalismus und einem entfesselten Dumpingwettbewerb schützen. Sie kann und muss in die Zukunft investieren.

Wir wollen keine marktkonforme Demokratie, in der sich die Politik von den Bürgerinnen und Bürgern immer mehr entfremdet. Heute wenden sich viele ab, weil sie sich im Stich gelassen fühlen. Weil sie immer wieder erleben, dass ihre Bedürfnisse weit weniger Einfluss auf politische Entscheidungen haben als die Wünsche zahlungskräftiger Wirtschaftslobbyisten.

Wir wollen die Politik zurück zu den Menschen bringen. Und die Menschen zurück in die Politik. Denn wir sind überzeugt: nur dann hat die Demokratie eine Zukunft.

Es gibt in der Bevölkerung Mehrheiten für eine neue Politik: für Abrüstung und Frieden, für höhere Löhne, bessere Renten, gerechtere Steuern und mehr Sicherheit. Für höhere öffentliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Aber es gibt keine mehrheitsfähige Parteienkoalition, die für eine solche Politik steht. In anderen europäischen Ländern sind aus dem Niedergang der etablierten Partei-

en neue Bewegungen entstanden, die die Politik verändert haben.

Wir gehören unterschiedlichen Parteien an oder sind parteilos. Viele der Initiatoren von Aufstehen sind keine Politiker. Aufstehen ist auch keine neue Partei, sondern eine überparteiliche Sammlungsbewegung, in die jede und jeder sich einbringen kann, die oder der die in diesem Gründungsauftrag benannten Ziele unterstützt. Ein detaillierteres Programm wird sich Aufstehen in einem transparenten Diskussionsprozess selbst erarbeiten. Bei uns hat jede Stimme Gewicht. Wir setzen auf eine neue Nähe und direkte Kommunikation. Deshalb werden wir als erste Organisation in Deutschland das im Umfeld der Occupy-Wall-Street-Bewegung entstandene digitale Debatten-Tool Pol.is einsetzen. Wir wollen aufklären, Diskussionen organisieren und im Ergebnis für unsere gemeinsamen Forderungen gesellschaftlichen Druck entfalten. Wir werden interessanten Ideen und kreativen Gedanken ein Podium bieten. Vor allem aber werden wir die Forderungen, die die Menschen am meisten bewegen, auf die Straße und in die Politik tragen.

Unsere Ziele sind:

- Eine neue **Friedenspolitik**: Deutschland und Europa müssen unabhängiger von den USA werden. Abrüstung, Entspannung, friedlichen Interessenausgleich und zivile Konfliktverhütung fördern statt Soldaten in mörderische Kriege um Rohstoffe und Macht schicken. Die Bundeswehr als Verteidigungsarmee in eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft einbinden, die Ost und West umfasst.
- **Sichere Jobs, gute Löhne, gerechte Steuern und ein erneuerter starker Sozialstaat** in einer innovativen Wirtschaft: Leiharbeit, Missbrauch von Werkverträgen und Scheinselbständigkeit bekämp-

fen! Die Digitalisierung muss zu einer Umverteilung von Arbeit führen: weniger Stress für alle, statt Arbeitslosigkeit für die einen und Überarbeitung in zunehmend prekären Jobs für die anderen. Anständige Renten statt Riester-Abzocke, eine echte Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, die Lebensleistung schützt, statt Absturz durch Hartz IV. Untere und mittlere Einkommen steuerlich entlasten, große Vermögen und Konzerne stärker heranziehen, den Steuertricks durch Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen den Boden entziehen.

■ **Naturverträglich wirtschaften**, Ressourcen schonen und



die Tier- und Pflanzenwelt schützen: damit wir unseren Kindern eine intakte Natur und ein lebensfreundliches Klima hinterlassen. Saubere Luft und sauberes Wasser, Artenvielfalt und gesunde Böden sind die Basis unserer Lebensqualität.

■ **Privatisierungen stoppen und rückgängig machen**,

Gemeinwohl ist wichtiger als Rendite: Für bezahlbares Wohnen, gut ausgestattete Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Für eine demokratische digitale Infrastruktur statt Enteignung unserer Privatsphäre durch Facebook, Google & Co.

■ **Exzellente Bildung für alle**:

frühkindliche Bildung und mehr Lehrerinnen und Lehrer für bessere Lebenschancen. Der Bildungserfolg darf keine Frage der Herkunft sein.

■ **Demokratie retten**: wir wollen nicht von Konzernen und Banken regiert werden. Direkte Demokratie ermöglichen. Lobbyismus aufdecken und Parteipenden von Unternehmen verbieten.

■ **Sicherheit im Alltag**: mehr Personal und bessere Ausstattung von Polizei, Justiz und sozialer Arbeit; ein Strafrecht für Unternehmen statt Kapitulation des Rechtsstaats.

■ Ein europäisches Deutschland in einem **geeinten Europa souveräner Demokratie**. Die Europäische Union soll Schutz- und Gestaltungsraum sein, aber nicht Katalysator einer marktradikalen Globalisierung und der Aushöhlung von Demokratie. Europäische Politik braucht eine demokratische Legitimation.

■ **Hilfe für Menschen in Not**:

Das Recht auf Asyl für Verfolgte gewährleisten, Waffenexporte in Spannungsgebiete stoppen und unfaire Handelspraktiken beenden, Kriegs- und Klimaflüchtlingen helfen, Armut, Hunger und Elendskrankheiten vor Ort bekämpfen und in den Heimatländern Perspektiven schaffen. Durch eine neue Weltwirtschaftsordnung die Lebenschancen aller Völker auf hohem Niveau und im Einklang mit den Ressourcen angleichen.

Weil die Probleme sich auf den eingefahrenen Gleisen nicht mehr lösen lassen, bedarf es eines neuen Aufbruchs. Wir werden den Sprachlosen eine Stimme und den Unsichtbaren eine Bühne geben. Wir fordern Mitsprache und Mitgestaltung für alle und nicht nur für die Wohlhabenden. Demokratische Politik muss das Rückgrat haben, Konflikte mit mächtigen Interessengruppen, etwa der Finanzwirtschaft oder den Superreichen, durchzustehen. Was die Konzerne durch ihr Geld, ihren Medieneinfluss und ihre Lobbyisten schaffen, müssen wir durch unsere Stärke, innere Toleranz und öffentliche Resonanz erreichen. Wenn die Vielen sich sammeln und nicht mehr vereinzelt bleiben, dann haben sie mehr Macht als die wenigen Privilegierten. Dann können sie ihre Interessen durchsetzen und die Politik in unserem Land verändern. Dann können Sie Menschlichkeit, Frieden, Sicherheit und Zusammenhalt ganz oben auf die Agenda setzen.

Gemeinsam für ein gerechtes Land in einem gerechten Europa! Miteinander für eine bessere Welt! Dafür lasst uns aufstehen!

Quelle: <https://www.aufstehen.de/gruendungsauftrag/>

DOKUMENTIERT

Zur Initiative „Aufstehen“

Beschluss des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE vom 8. September 2018 – Beschluss 2018/139/142

Der Leipziger Parteitag vom Juni diesen Jahres beschloss mit überwältigender Mehrheit als zentrale Aufgabenstellung der Partei DIE LINKE: „Wir müssen um andere gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen. Die Mehrheit der Bevölkerung will soziale, ökologische und friedliche Politik. Wir müssen sie organisieren und ihnen Geltung verschaffen. Wir müssen den gesellschaftlichen Boden für andere Mehrheiten bestellen, auch in den Parlamenten“ Und weiter: „Der Richtungswechsel kann nicht von einer Partei oder Parteien alleine geschaffen werden. Dafür brauchen wir einen gesellschaftlichen Aufbruch. Den werden wir auf den Weg bringen, bestärken, organisieren. Wir können es nicht stellvertretend tun, nur gemeinsam. Wir können nicht warten, dass andere die Gesellschaft ändern, wir müssen es selber tun. Und wir sind bereit dazu. DIE LINKE ist in Bewegung.“

Deshalb engagieren wir uns als Partei zusammen mit anderen in sozialen Bewegungen, Initiativen und Gewerkschaften. Wir bekämpfen den Rassismus ebenso wie seine sozialen Ursachen, widersprechen dem Märchen, wonach es nicht möglich wäre, sozial gerechte Verhältnisse für alle hier lebenden Menschen zu schaffen. Wenn rechte Parteien ihren Hass verbreiten und ein rechter Mob Jagd auf Migrant*innen macht, stellen wir uns dem unmissverständlich in den Weg. Wir verteidigen die Demokratie setzen uns für einen wirksamen Klimaschutz ebenso ein, wie für eine Welt in Frieden. DIE LINKE ist die Partei, die auf der Straße und im Parlament für eine grundlegende Alternative zur neoliberalen Politik der Großen Koalition und dem autoritären Rechtsruck von AfD und Co. eintritt. Dabei arbeiten wir in Bündnissen mit all denen zusammen, die diese Anliegen teilen. Wir arbeiten

mit progressiven linken Initiativen und Bewegungen zusammen, mit Sozialdemokraten und Grünen als auch mit Menschen, die sich enttäuscht von diesen Parteien abgewandt haben. Nur in der gesellschaftlichen Mobilisierung um konkrete Ziele können gesellschaftliche Mehrheiten verändert werden. Landesverbände unserer Partei haben gezeigt: DIE LINKE kann als Partei in und mit den Bewegungen gewinnen und politische und gesellschaftliche Mehrheiten organisieren. Die gesellschaftlichen Verhältnisse können nur nach links verschoben werden, wenn der linke Pol in der Gesellschaft stark ist und nicht weiter in die Mitte oder nach rechts gezogen wird. Deshalb sehen wir uns dem Aufbau der LINKEN als sozialistische Partei sowie ihren demokratischen Strukturen verpflichtet. Wir wollen DIE LINKE stärken, als Motor und Orientierungspunkt für linke Politik.

Die Initiative „aufstehen“ ist kein Projekt der Partei DIE LINKE, sondern ein Projekt von Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine und weiteren Einzelpersonen. Diese Initiative, ihre Ziele und Implikationen wurden zu keinem Zeitpunkt in den Gremien der Partei zur Diskussion gestellt. Dies entspricht nicht unserem Verständnis von einer demokratischen Mitgliederpartei, „die auf ihren Mitgliedern aufbaut, von unten nach oben. Sie entscheiden über Forderungen und Programme, Ziele und Ausrichtung der LINKEN“ („Leipziger Parteitag). Irritierend ist auch das in Artikeln und Interviews von Abgeordneten der LINKEN geäußerte Ziel, über „Aufstehen“ die eigene Partei umzukrempeln. Wir erwarten, dass Mitglieder der LINKEN ihre Vorstellungen über eine Veränderung von Ausrichtung, Ziele, Programmatik der LINKEN in den Gremien der Partei zur Diskussion stellen und die

Mitglieder darüber demokratisch entscheiden lassen.

Die Frage, wie es gelingt, stärker noch ehemalige SPD-Wähler*innen und auch Nicht-Wähler*innen zu mobilisieren, ist berechtigt. Unsere Antwort darauf ist eine Politik, die gemeinsame Interessen der Mehrheit der Menschen in den Vordergrund stellt und die Solidarität der Vielen verbindet. Dass sich einzelne Gründungsmitglieder und prominente Fürsprecher der Initiative „Aufstehen“ in öffentlichen Stellungnahmen wiederholt und in gleicher Weise von Ressentiments der AfD auf der einen und einer „grenzenlosen Willkommenskultur“ auf der anderen Seite distanzieren, halten wir für ein fatales Signal. DIE LINKE hat immer wieder deutlich gemacht, dass Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnungen, um Zugang zu Bildung und Gesundheit, nicht etwa Folge von Zuwanderung ist, sondern Wesensmerkmal des Kapitalismus und der herrschenden neoliberalen Politik. Wir stellen die Verteilungsfrage und fordern eine soziale Offensive für alle, statt dem Argument der Konkurrenz nachzugeben. Doch seit jeher kämpft DIE LINKE nicht nur um Verbesserungen im Hier und Jetzt, sondern für eine andere Gesellschaft jenseits des Kapitalismus.

Die gesamte Linke in Deutschland sollte angesichts des Rechtsrucks im Land deutlicher zusammenstehen und zusammenrücken. Mehr denn je gilt es Bemühungen und Anstrengungen zu unternehmen, um ein gemeinsames Handeln in der Vielfalt aller Linken zu ermöglichen. Die politische Linke in Deutschland braucht keine neuen Parteien, sondern eine gemeinsame gesellschaftliche Mobilisierung gegen die Gefahr der Rechten und für ein sozialeres Land. Wir gehen davon aus,

dass all jene Genossinnen und Genossen, die in „Aufstehen“ mitarbeiten wollen, in ihrem Engagement – wie in anderen gesellschaftlichen Bündnissen – die Interessen und Beschlüsse unserer Partei vertreten. Das gilt insbesondere für Funktions- und Mandatsträger*innen. Sie haben hier naturgemäß eine besondere Verantwortung.

Die anstehenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen haben für uns herausragende Bedeutung. Wir bauen auf den Einsatz unserer Mitglieder und erwarten von unseren Mandatsträger*innen, dass sie unsere Genoss*innen vor Ort zu unterstützen und so DIE LINKE zu stärken. Dann haben wir eine Chance, in Bayern erstmals und in Hessen gestärkt in den Landtag einzuziehen.

Um mehr Menschen von der LINKEN als oppositioneller Kraft zum Kapitalismus zu überzeugen, legen wir unseren Schwerpunkt auf die Unterstützung von Protesten, Streiks und sozialen Bewegungen, führen solche zusammen, unterbreiten Vorschläge für erfolgversprechende Strategien und laden Aktivist*innen – unabhängig von Nationalität, Hautfarbe, Aufenthaltsstatus, Behinderung, Weltanschauung oder Religionszugehörigkeit – ein, mit uns den Kampf nicht nur um das Brot, sondern um die ganze Bäckerei zu führen. Die Kampagnen zu den Themen Wohnen und Pflege, die Unterstützung der #Seebücke-Bewegung, der Proteste gegen die neuen Polizeigesetze, von #ausgehetzt, der gewerkschaftlichen Streiks bei Halberg-Guss und in den Unikliniken und der #unteilbar-Demonstration am 13. 10. bieten dazu gute Chancen.

*Abstimmungsergebnis: 22 Für-,
8 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen*

Minderheitenvotum zum Beschluss des Parteivorstandes DIE LINKE zu „Aufstehen“

der Mitglieder des Parteivorstandes: Ali Al-Dailami, Friederike Benda, Judith Benda, Harri Grünberg, Andrej Hunko, Ralf Krämer, Zaklin Nastic, Jochem Visser

Am 08.09.2018 hat der Vorstand der Partei DIE LINKE einen Beschluss zu „Aufstehen“ gefasst. Dieser vermengt zwei Themen, Wahlkämpfe in Hessen und Bayern und „Aufstehen“, die zunächst als jeweils eigenständige Anträge vorlagen. Dies wurde uns erst zu Sitzungsbeginn als Tischvorlage vorgelegt. Wir halten eine Verquickung beider Themen für politisch falsch. Der Beschluss sendet gegenüber den tausenden Mitgliedern der LINKEN, die „Aufstehen“

unterstützen, und einer überwältigenden Mehrheit der LINKEN-Anhänger, die „Aufstehen“ positiv gegenüberstehen, ein negatives Signal aus.

Wir kritisieren, dass die Beschlussfassung bereits am Samstag erfolgte, obwohl für den Folgetag eine der Initiatorinnen von Aufstehen zur Diskussion in den Parteivorstand eingeladen war. Der Parteivorstand ist unseres Erachtens seiner Aufgabe nicht gerecht geworden, eine angemessene politische

Orientierung und Haltung der Partei deutlich zu machen. Wir denken, dass „Aufstehen“ eine Chance bieten könnte, viele Menschen wieder oder neu für soziale und linke Politik zu mobilisieren, die von den Parteien aktuell nicht erreicht werden. DIE LINKE sollte sich daher zu „Aufstehen“ positiv und konstruktiv verhalten und so auch die Chance ergreifen, die Partei zu stärken. Deshalb halten wir den Beschluss des Parteivorstands für politisch falsch. Mit

dieser Entscheidung wird auch der Pluralismus in der Partei beschädigt. Daher haben wir dagegen gestimmt. Unter den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern dieser Erklärung befinden sich Unterstützer von „Aufstehen“, einige die das Projekt mit Interesse beobachten, und andere wiederum mit Sorge. Uns eint das Ziel, unsere Partei und die politische und gesellschaftliche Linke stärken zu wollen.

KOMMENTAR

Eine Chance

Uwe Kalbe über die nun gestartete linke Sammlungsbewegung

Die Sammlungsbewegung schien bisher ein Projekt von und für Intellektuelle und Politstrategen zu sein. Die veröffentlichte Meinung suchte und fand das Haar in der Suppe, meist mit einem Hang zur Spaltung, die man den Initiatoren unterstellte. Die Spaltung der real existierenden Parteien links der Mitte, denn nur um sie geht es naturgemäß, steht eher nicht bevor. Dass sie womöglich nicht bleiben können, wie sie sind, ist aber zu

hoffen. Ihre Protagonisten jedenfalls bemühen sich bereits seit Monaten um Hexenaustreibung und scheuen sich nicht, besonders Sahara Wagenknecht niedere Motive zu unterstellen.

Wie auch die Motivlage bei den einzelnen Initiatoren sei – die Suche nach bequemer Aufmerksamkeit ist den Sammlungsbewegten nicht vorzuwerfen. Allein die Idee, es könne einen dritten Weg geben neben dem Kampf um die linke

Deutungshoheit und einer rot-rot-grünen Liaison um jeden Preis – schon dieser Gedanke zeugt von Kreativität und verdient Respekt statt Hochmut.

Tatsächlich aber gibt es Grund, Macht und Pfründe infrage zu stellen. Auch an Parteispitzen. Dort, wo man seinen Frieden mit den Verhältnissen längst gemacht hat, tut Erneuerung not. Der Widerwille in der Linkspartei, wo man sich bestätigt sehen könnte, wirkt da-

her irritierend. Erneuerung soll zu Kräfteverschiebung in den Parteien führen und zu neuen Übereinstimmungen zwischen den Parteien. Wenn freilich die Sammlung nicht neu polarisierte, in den Parteien wie außerhalb, wenn nur eine neue Versammlung herauskäme, wäre sie gescheitert.

Quelle: „neues deutschland“,
5. September 2018, Seite 1

MEINUNG

Ungewollte Schützenhilfe

Leserbrief in „neues deutschland“ vom 13. 9. zum Artikel „LINKE geht zu Aufstehen auf Distanz“ (10. 9., S. 5)

Schon Wochen vor dem offiziellen Start des Projektes „Aufstehen“ wurden Mitglieder des Parteivorstandes (PV, Redaktion „Widerspruch“) nicht müde, ihre Ablehnung gegenüber „Aufstehen“ lautstark zu verkünden.

Was, um alles in der Welt, hat die beiden Parteivorsitzenden und den Vorstand geritten, auch noch die große Keule „Beschluss des PV“ auszupacken? Nichts Neues und wenig Überzeugendes ist darin zu lesen. Einzig die Position

„Aufstehen“ sei kein Projekt der LINKEN ist von herausragender Bedeutung.

Was für ein Segen für „Aufstehen“!

Wehe, die SPD oder die Grünen oder die LINKE, würden je erklären, das sei ihr Projekt. Es wäre das Ende von „Aufstehen“. In ihrem Kampf gegen Parteimitglieder statt um kluge Politik und Positionen sind die Vorsitzenden und eine Vorstandsmehrheit in die Falle gelaufen. Der PV-Beschluss zu

„Aufstehen“ dokumentiert daher vor allem eins: Projektidee nicht verstanden.

Wenn die Vorstände der o.g. drei Parteien erkennbar mehr für das Zusammengehen linksgerichteter Menschen zustande gebracht hätten, bräuchte es „Aufstehen“ vielleicht nicht. Dieses, unser Versagen ist auch ein Teil des Versagens von Politik, das die AfD und über sie rechtsextreme, neofaschistische Gruppierungen und Gedankengut gestärkt haben.

Manche der vorgebrachten Gründe zur Ablehnung von „Aufstehen“ kann ich nachvollziehen, in der Mehrzahl überzeugen sie mich nicht. Und so macht der PV-Beschluss trotz des unfreiwillig klugen Satzes, „Aufstehen“ sei kein Projekt der LINKEN, vor allem eins: wenig Hoffnung auf eine Stärkung der Politik- und Handlungsfähigkeit der LINKEN.

Klaus Kalex,
Wandlitz

MEINUNG

Aufstehen oder liegen bleiben

Als ich das erste Mal von Sarah Wagenknechts Sammlungsbewegung hörte, musste ich spontan an Peter Weiss' „Die Ästhetik des Widerstands“ denken. Jene Romantrilogie, die sich mit der gespaltenen deutschen Arbeiterbewegung auseinandersetzte und eindrucksvoll Fehler und Konsequenzen aus historischer Perspektive darstellt.

Es kam, wie es kommen musste. Beißreflexe, persönliche Anfeindungen, klar, wer keine Sachargumente hat, kann es nur mit Angriffen auf die Person bewerkstelligen, bis hin zu den Befürchtungen Wagenknecht würde die Partei spalten. Lax ausgedrückt ist es Mumpitz.

Wagenknecht hat niemals den Versuch unternommen die Partei DIE LINKE zu spalten, die Vorwürfe des Verrats sind obskur.

Die Sammlungsbewegung versteht sich als Akkumulator aller demokratischen Institutionen,

Parteien und Menschen. Und es ist wieder soweit, nirgends deutlicher zu erkennen als am erstarkenden Rassismus, als in der faschistisch zu nennenden rechts-populistischen AfD und ihren rechtsradikalischen Anhängseln.

Sammlungsbewegung ja, über Parteigrenzen hinweg. Es kann nur im Sinne aller demokratischen Kräfte sein, alles dafür zu tun, um den viel beschworenen Rechtsruck der Gesellschaft eine demokratische Alternative gegenüberzustellen. Die Antwort auf die Feinde der Demokratie kann nur ein mehr an Demokratie sein.

Liest man linke Antworten, auf Facebook, in den Medien, so ist der Eindruck schon signifikant zu nennen, die Sammlungsbewegung bereits im Anfangsstadium zu diskreditieren.

Helmut Zwerenz schrieb im „Vorwärts“ vom 22. Februar 1986: „Die [deutsche] Linke in ihrer

Denkfaulheit – analphabetisch, suhrkampfkulturverklebt und politisch deformiert.“ Die Diskussion um die Sammlungsbewegung folgt in vielerlei Hinsicht der Zwerenzschen Attributierung. Leider.

Gelingt es uns nicht, die Demokratie im Lande zu verteidigen, sehen wir uns, wie dereinst von Peter Weiss beschrieben und tatsächlich stattgefunden auf dem Lkw wieder, der uns in die Lager transportiert, ob nun kommunistisch, sozialdemokratisch, sozialistisch, liberal, ökologisch. Hatten wir schon alles im Lande. Es mag zugespitzt klingen, ist aber die logische Konsequenz des Falles, die Demokratie nicht verteidigen zu wollen, sprich liegen zu bleiben.

Wer seine parteilichen Animositäten und persönlichen Ressentiments pflegt, verrät unsere Demokratie. Sie mag nicht perfekt sein, ist aber das Beste, was wir im Status quo zu bieten haben.

Zum Schluss noch ein Gedanke zurück, wären Kommunisten und Sozialdemokraten 1933 geeint gegen den Faschismus in Deutschland aufgetreten, bis hin zum bewaffneten Kampf, wäre der Welt und uns, der folgende Krieg und Auschwitz erspart geblieben.

Die alles entscheidende Frage ist, welche Methodik, welche Struktur wird sich die Sammlungsbewegung geben, welche Aktionen werden gemeinsam und vor allem wie geplant, vorbereitet und realisiert. Demokratie, Transparenz in der Entscheidungsfindung und in der Realisierung von Aktionen sollten die bestimmenden Merkmale der Bewegung sein.

Die Demokratie ist der kleinste gemeinsame Nenner aller Demokraten. Über Parteigrenzen hinweg.

N. Mencken,
Erkner,
Sympathisant von DIE LINKE



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundestages,
Landesliste Brandenburg

Kontakt:
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
• Telefon:
(030) 227-7 26 75
• Fax:
(030) 227-7 66 75
• E-Mail:
thomas.nord@bundestag.de
• Internet: <https://thomas-nord.de>

Wahlkreisbüro:
Frithhof Bastian,
Mühlenstr. 15, 15517
Fürstenwalde
Tel.: (033 61) 34 26 18
Fax: (033 61) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord.ma04@bun-
destag.de

Der Beitrag „Europa vor der Wahl“ ist im Bundestagsreport (Ausgabe September/2018) der Landesgruppe Brandenburg der Fraktion DIE LINKE abgedruckt. Er erscheint am Ende jeder Plenarwoche im Internet auf der Seite: www.dielinke-brandenburg.de/parlamente/bundestag/. Die vier Brandenburger Mitglieder der Bundestagsfraktion berichten darin über Schwerpunkte ihrer parlamentarischen Arbeit.

Europa vor der Wahl

„The Movement“ – Die Bewegung

Die parlamentarische Sommerpause endet so, wie sie begonnen hat, mit einem tiefgehenden Streit zwischen Innenminister und Kanzlerin über Migrationspolitik. Diesmal hat Seehofer einen seiner ranghohen Beamten vorgeschickt, den Chef des Verfassungsschutzes, um die Kanzlerin öffentlich zu düpiieren. Im Kabinett Merkel IV hat sie anscheinend nur noch eine unbestrittene Richtlinienkompetenz für ihre vielfältigen Auslandsreisen, um vor der Innenpolitik zu fliehen.

Koalition im Bund, Wahlen in Bayern und Hessen – was kommt?

Einen Monat vor der Landtagswahl in Bayern und sechs Wochen vor der Wahl in Hessen liegt die manchmal noch als „Große Koalition“ bezeichnete Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD in den Umfragewerten bei 46 Prozent, Tendenz fallend. Schwarz-Rot ohne Mehrheit. CDU und CSU sind bundesweit unter die 30 Prozent Grenze gerutscht. Die CDU geht unter 25 Prozent. In Bayern rutscht die CSU auf die 35 Prozent Grenze, und im Bund an den Rand der 5 Prozent-Hürde. Bayern nähert sich dadurch den „normalen“ Parteienverhältnissen in der Republik an, wo kaum noch eine Partei an die 40 Prozent kommt.

Dies wiederum verstärkt die Konflikte zwischen den Unionsparteien und erhöht die Instabilität der Regierung. Kaum jemand prognostiziert noch die Lage nach der Wahl am 14. Oktober und ihre politische Dynamik in einer Regierung, die nur sehr mühselig nach sechs Monaten zustande gekommen ist. In der SPD versucht sich mal Nahles, mal Scholz, mal Maas mit Vorschlägen zu profilieren, aber die Partei kommt in den Umfragen seit langem nicht mehr an die 20 Prozent Grenze. Steht in Deutschland eine gravierende Veränderung des Parteiensystems wie z.B. in Frankreich, Italien und Spanien bevor?

Nicht nur Bayern und Hessen stehen in einem ungewöhnlich zugespitzten Wahlkampf, nicht nur die Bundesrepublik vor möglichen Neuwahlen. Auch die Europäische Union steht acht Monate vor der Wahl zum Europäischen Parlament in einer fragilen Situation. Schon

seit dem Scheitern der Verfassung im Jahr 2005 ist sie in einer Verteidigungssituation. Wenige Monate nach In-Kraft-Treten der Lissaboner Verfassungsersatzverträge im Dezember 2009 wurde mit Griechenland die Währungskrise manifest.

Aus der Währungskrise und der daraus begründeten Sparpolitik ist seit 2013 eine politische Krise geworden, in der nicht mehr die Märkte, sondern die Wahlen über deren Fortgang entscheiden. Nationalistische Positionen werden angesichts der Krisendauer der EU zunehmend salonfähig. Seit 2015 verschärfen die unterschiedlichen Positionen der Mitgliedsstaaten in der Migrationspolitik diesen Trend und stellen den Zusammenhalt auf die Probe. Die nationalen Wahlergebnisse der vergangenen zwölf Monate zeigen auf der EU-Ebene einen Trend der Stärkung nationalchauvinistischer und fremdenfeindlicher Kräfte, wie gerade in Schweden.

2019 – Wie weiter im Europaparlament?

Diesen Trend will Steve Bannon, der als Kampagnenkopf von US-Präsident Donald Trump gilt, mit einer Bewegung verstärken: „The Movement“. Seit der Geschichte mit „Cambridge Analytica“ (CA) hat Bannon in Europa auch den Spitznamen „Darth Vader“ nach dem Bösewicht aus der Science Fiction Sage Star Wars. CA hat im US-Wahlkampf 2016 millionenfach facebook-Daten illegal ausgewertet und sich dem Vorwurf ausgesetzt, mit illegalen Mitteln zum Wahlsieg von Trump beigetragen zu haben. CA wurde im Mai 2018 geschlossen, die Nachwirkungen haben die Bedeutung der sozialen Medien für künftige Wahlkämpfe und den Ruf von Bannon verstärkt.

Das erklärte Ziel von Bannons Bewegung ist es, mit Hilfe von Spezialisten für Wähleranalyse, Recherche und Kommunikation nationalchauvinistische Parteien im Wahlkampf zu stärken und eine starke einheitliche rechte Fraktion im neuen EU-Parlament zu bilden. Finanziert wird die Bewegung mit „einigen Millionen“ durch Spender in den USA und Europa, vom Zeitplan her will sie Mitte September mit der Arbeit beginnen.

Doch bereits Anfang September hat Matteo Salvini, der italienische Innenminister von der Lega seinen Beitritt zu Steve Bannons Bewegung erklärt. Des Weiteren stehen die politischen Parteien im Sog der Bewegung, die 2017 einen „Patriotischen Frühling“ ausgerufen haben, die PöV von Geert Wilders, die FPÖ von Heinz-Christian Strache, der Rassemblement National von Marine le Pen (vormals Front National), die AfD mit der damaligen Vorsitzenden Frauke Petry.

Als Konsequenz des EU-Rechtsverfahrens gegen Ungarn nach Artikel 7 wird eine bereits angelegte Bruchlinie innerhalb der Europäischen Volkspartei (EVP) gestärkt, die EVP hat 219 von 751 Sitzen im EP. Der österreichische Kanzler Kurz möchte die Mitgliedschaft von Ungarns Fidesz in der EVP aussetzen. Von Merkel ist bekannt, dass sie einer Schwächung der EVP nicht zustimmen will. Der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber (CSU) will die Mitgliedschaft von Fidesz suspendieren. Hier ist eine Differenz zwischen CDU und CSU sichtbar. Österreichs Vizekanzler H.-C. Strache hat Ungarns Ministerpräsidenten Victor Orban und seine Partei eingeladen, Mitglied in einer zukünftigen gemeinsamen EP-Fraktion zu werden.

Derzeit ist die FPÖ Mitglied der Fraktion „Europa der Nationen und Freiheit“ (ENF), in der auch der Rassemblement National und die Lega von Salvini sind. Hier dürfte der politisch-ideologische Kern der neuen Rechtsfraktion liegen, von der Bannon mit seiner Bewegung träumt. Durch den Austritt des Vereinten Königreichs sinkt die Zahl der Abgeordneten im EP von 751 auf 705. Die drittgrößte Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen (EKR) hält 73 Sitze und verliert durch den Brexit 19 Sitze. Die Prawo i Sprawiedliwość (PiS) hält in der EKR 18 Sitze, die AfD 7 Sitze. Der Rest besteht aus Kleindelegationen. Wie sich PiS und AfD nach der Wahl zuordnen, ist offen.

Sollte es Bannon mit seiner in Brüssel angesiedelten Stiftung gelingen, die angelegten Dynamiken zu kanalisieren und den genannten Parteien seine Dienste im EP-Wahlkampf unter Verweis auf die Erfolge

für Donald Trump schmackhaft zu machen, läge hierin das Potenzial zu einer weitgehenden Neusortierung der Kräfteverhältnisse im neuen Europäischen Parlament. Zumal auch Emmanuel Macron eine neue Fraktion im EP bilden will, eine neoliberale, keine sozialdemokratische. Das Abrutschen der Sozialdemokratien in den Mitgliedsstaaten der EU wird sich in der Stärke der neuen Fraktion der Sozialdemokraten (S&D) bemerkbar machen (aktuell 189/751 Mandaten).

Europäischer Rat, Europäische Kommission 2019 neu

Aber es wäre zu kurz gedacht, würde man mit der Wahl vom 23.

bis 26. Mai nur auf die Zusammensetzung des neuen Europäischen Parlaments schauen. Denn auch die Europäische Kommission wird neu gebildet, sie ist das einzige EU-Organ, das Parlament und Rat Gesetzesvorschläge zur Abstimmung vorlegen kann. Das Nominierungsrecht für die Kommissare obliegt den nationalen Regierungen. Doch die Berufung der Kommission und die Wahl des Kommissionspräsidenten obliegt dem Parlament nach einer vorherigen Anhörung. Das Parlament kann der Kommission auch das Misstrauen aussprechen und ihren Rücktritt erzwingen.

Der Europäische Rat wird ebenfalls einen neuen Präsidenten wäh-

len, spätestens wenn die Amtszeit von Donald Tusk regulär am 30. November 19 ausläuft. Seine Wiederwahl in der zweiten Hälfte der Wahlperiode konnte nur bei starkem Protest der neuen polnischen Regierung unter Führung der PiS durchgesetzt werden. Im Herbst 19 werden Sejm und Senat in Polen neu gewählt, es ist eine offene Spekulation, ob Donald Tusk zur nationalen Wahl für die Liberalen antritt. Dann müsste er möglicher Weise früher auf sein Amt verzichten. Auch die Europäische Zentralbank muss einen neuen Präsidenten bestimmen, wenn die Amtszeit von Mario Draghi am 31. Oktober 2019 endet.

Für einen humaneren Strafvollzug – eine spannende, lebhaftige Debatte

Ausbildungsklasse im allgemeinen Vollzugsdienst zu Besuch im Landtag Brandenburg

Am 5. September 2018 war es wieder soweit: Die neue Ausbildungsklasse im allgemeinen Vollzugsdienst besuchte auf Einladung des Landtagsabgeordneten Volkmar Schöneburg im Rahmen ihrer ersten Ausbildungswoche den Potsdamer Landtag. Schöneburg hielt in diesem Kontext einen Vortrag über die Entstehungsgeschichte und die kriminalpolitischen Intentionen des Brandenburger Justizvollzugsgesetzes, das er als Justizminister 2013 auf den Weg gebracht hatte.

Mit dem Gesetz, eine zentrale Arbeitsgrundlage der zukünftigen Mitarbeiter im Strafvollzug, sollen die Resozialisierung und die Rechte der Gefangenen gestärkt werden. Dem dienen u.a. der Ausbau des Wohngruppenvollzugs, die Erhöhung der Besuchszeit, der Anspruch auf Langzeitbesuch, die Senkung der Hürden für positive Lockerungsentscheidungen, die Stärkung des Offenen Vollzuges oder die Abschaffung des Arrests, also des Knasts im Knast. Frühzeitig soll die Entlassung in den Blick genommen werden, weil insbesondere Arbeit und Wohnraum Voraussetzungen für eine gelingende Wiedereingliederung sind. Mehr als 40 Prozent der Gefangenen werden nämlich bundesweit nach Verbüßung ihrer Strafe in die Arbeitslosigkeit entlassen. Für viele von ihnen wird so der Strafvollzug zum „Drehtürvollzug“.

Zudem verwies Schöneburg auf die schwierigen Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Gesetzes. Da ist einmal das Paradoxon des Strafvollzugs selbst. Das besteht darin, einen Menschen in Unfreiheit zu einem straffreien Leben in Freiheit zu befähigen. Der Sozialwissenschaftler Wolf-Dieter Narr formulierte in diesem Zusammenhang provokant: Wie könne man auf den Gedanken verfallen, man lerne schwimmen vor allem dadurch, dass man das Wasser meide. Zum anderen ist gegenwärtig eine Kriminalpolitik vorherrschend, die auf den zupackenden Staat setzt, auf vermeintliche Sicherheit. Damit bedient man zugleich das in der Gesellschaft weit verbreitete Vergeltungdenken. Darüber hinaus hängt der Strafvollzug im Skandalisierungskreislauf der Medien fest. Diese berichten fast ausschließlich über erfolgreiche Ausbrüche, illegalen Drogenhandel oder gewaltsame Übergriffe in den Gefängnissen, aber kaum über positive soziale Projekte. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass der Vollzug auch in Brandenburg keine „Lobby“ in der Politik besitzt. Das zeigt sich Jahr für Jahr bei den Haushaltsverhandlungen.

Im Anschluss an den Vortrag entwickelte sich eine spannende und lebhaftige Debatte. Dabei profi-

tierten die Auszubildenden davon, dass fast alle schon vor Beginn der Ausbildung mehrere Monate im Vollzug gearbeitet hatten. Kontrovers diskutiert wurden die Abschaffung der Arbeitspflicht und die fast völlige Verbannung der Schusswaffen aus den Gefängnissen. Kritisiert wurde die Kürzung des theoretischen Anteils der Ausbildung. Besorgniserregend waren jedoch manche Schilderungen aus den Gefängnissen, wo Behandlungs-, Ausbildungs- und Freizeitmaßnahmen nicht selten ausfielen. Der Grund: Der geringe Personalbestand. Wird hier nicht durch die Politik Abhilfe geschaffen, verkommt das Justizvollzugsgesetz zur Reformruine und der Vollzug zum reinen „Verwahrvollzug“.



von Dr. Volkmar Schöneburg, Mitglied des Landtages Brandenburg

- **Internet:**
<http://volkmar-schoeneburg.de/>
- **Facebook:**
www.facebook.com/volkmar.schoeneburg
- **Wahlkreisbüro**
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
(0 33 61) 3 69 89 81
- **Mitarbeiterinnen**
Romy Neupert
(01 52) 29 08 10 64
Franziska Schneider
(0 15 20) 3 70 96 95



Ausbildungsklasse im allgemeinen Vollzugsdienst des Landes Brandenburg beim Besuch im Potsdamer Landtagsschloss, Foto: Jan Langehein



von
Romy Neupert,
Beerfelde,
Mitglied des
Landesvorstandes
DIE LINKE
Brandenburg

Souveräne Entscheidungen des Landesvorstandes Brandenburg

Planmäßige Sitzung des Landesvorstandes am 31. August 2018

1. Rücktritt Diana Golze

Nach dem Rücktritt unserer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (MASGF) Diana Golze diskutierten wir sehr ausführlich darüber, ob der Landesvorstand auch in Zukunft in der vom Landesparteitag gewählten Konstellation weiterarbeiten soll. Klar ist, der Landesvorstand kann ein solche Entscheidung gar nicht treffen, jedoch stellte Diana klar, dass sie das Amt der Landesvorsitzenden aufgeben würde, wenn der Landesvorstand Bedenken hat.

Der Lunapham-Skandal hat Diana als Person und unserer Partei geschadet. Die von Diana eingesetzte Task Force hat strukturelle und organisatorische Mängel in der Arbeit der Behörde festgestellt, für die sie die politische Verantwortung tragen musste. Der Vorsitzende der Task Force, Pharmazeut Ulrich Hagemann, sagte aber auch, dass der Sparkurs beim Personal dem Gesundheitsministerium und der Medikamentenaufsicht geschadet habe.

Wenn ich mir selbst dazu eine Bemerkung erlauben darf, ich wage zu behaupten, dass keine Ministerin, egal in welchem Ressort, ausschließen kann, dass Informationen vorenthalten werden. Wir haben mit Diana eine sehr besonnene und talentierte Politikerin und Landesvorsitzende, auf deren Kompetenz wir nicht verzichten wollen. Wir brauchen für die anstehenden Aufgaben beide Vorsitzen-

de und haben ihr unser Vertrauen ausgesprochen.

Übrigens hat der Haushaltsausschuss im Landtag im Ergebnis der Task Force zwölf zusätzliche Stellen für die Medikamentenaufsicht beschlossen.

2. Aktuelles aus dem Europaparlament

Ebenfalls unter dem Tagesordnungspunkt „Aktuelles“ berichtete Helmut Scholz (MdEP) zur aktuellen Arbeit im EU-Parlament.

3. Landespolizeigesetz

Ein weiteres Thema, welches uns noch einige Zeit beschäftigen wird, ist das Polizeigesetz. Hierzu begrüßten wir unseren Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz, Stefan Ludwig, seinen Staatssekretär, Ronald Piekny, und den Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion, Ralf Christoffers. Es lag noch kein neuer Gesetzestext vor. Gegen die ursprünglichen Pläne des Innenministers, unter anderem in Bezug auf den Einsatz von Fußfesseln und den Einsatz von Explosionsstoffen wurde Stellung bezogen, diese sollen nun überarbeitet werden. Wenn der neue Entwurf vorliegt, wird es eine enge Verständigung zwischen Landesvorstand und Landtagsfraktion geben.

4. Finanzen

Unter dem Tagesordnungspunkt Finanzen wurden unter anderem Fi-

nanzträge der LAG LINKE Frauen für die Landesfrauenkonferenz am 20. Oktober 2018 im Lothar-Bisky-Haus und einem Schulungswochenende der LAG Rote Reporter am 17. und 18. November in Blossin bestätigt.

5. Demo „#unteilbar“

DIE LINKE Brandenburg beteiligt sich mit 500 € an einem gemeinsamen Auftritt der Partei DIE LINKE bei der Großdemonstration „Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!“ am 13. Oktober 2018 in Berlin, zu der wir gleichzeitig aufrufen. (siehe Seite 20)

6. Neuzuschnitt der Bundestagswahlkreise

Im Anschluss erarbeiteten wir eine Stellungnahme zum möglichen Neuzuschnitt der Bundestagswahlkreise, die bis zum 3. September 2018 gegenüber dem Innenministerium erfolgen musste. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung bleibt es bei zehn Wahlkreisen, diese müssen jedoch neu zugeschnitten werden.

7. Klausur am 12./13. Oktober

Am 12. und 13. Oktober wird der Landesvorstand gemeinsam mit der Landtagsfraktion in Wittenberge in Klausur gehen. Hauptsächlich wird es hier um die Vorbereitungen auf das Superwahljahr 2019 gehen.

Außerordentliche Sitzung des Landesvorstands am 14. September 2018

Der einzige Tagesordnungspunkt war die Entscheidung über die Nachfolge von Diana als Ministerin für das MASGF. Wie bereits einen Tag zuvor in der Presse zu lesen war, stellte sich uns die 38-jährige Leipzigerin Susanna Karawanskij vor. Die studierte Politik- und Kulturwissenschaftlerin ist seit

2008 Mitglied der LINKEN. Von 2008 bis 2013 war sie Geschäftsführerin der Kreistagsfraktion DIE LINKE Nordsachsen, von 2009 bis 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin einer Europaabgeordneten und von 2013 bis 2017 Mitglied des Bundestages. 2017 verpasste sie den Wiedereinzug und ist seit 2018 Ostkoordinatorin der Bundestagsfraktion.

Susanna ist bewusst, welche schweren Aufgaben vor ihr liegen. Aber dieses Ministerium ist eben nicht nur Lunapharm. Es ist vor allem das Ministerium, das die meisten unserer Kernkompe-

tenzen vereint und in dem wir viel für die Menschen in Brandenburg erreichen können. Sie möchte angefangene Projekte von Diana weiterführen.

Auf Nachfrage, ob es Verbindungen zur aktuellen Strömungsbewegung um Sahra Wagenknecht gibt, stellte sie klar, keine Handpuppe irgendwelcher Strömungen oder Interessengemeinschaften zu sein. Sie konnte uns mit ihrer Vorstellung überzeugen und auch auf die Fragen im geschlossenen Teil der Sitzung reagierte sie sehr souverän.

Mit einem Ergebnis von 18 Ja-Stimmen und einer Enthaltung

Susanna Karawanskij, Foto: Romy Neubert



bei 19 anwesenden Vorstandsmitgliedern wurde sie nominiert und wird am 19. September durch den Ministerpräsidenten Dietmar Woidke vereidigt. Unterstützt werden

soll sie durch Andreas Büttner, der als neuer Staatssekretär auf Almuth Hartwig-Tiedt folgen soll.

Wir freuen uns, dass wir mit Susanna eine ambitionierte und

durchsetzungsstarke Politikerin gewinnen konnten und werden sie in dem verbleibenden knappen Jahr bis zum Ende der Legislatur bei ihrer neuen Aufgabe unterstützen.

DOKUMENTIERT

■ Mitgliederbrief des Landesvorstandes DIE LINKE Brandenburg zum Rücktritt von Sozialministerin Diana Golze (Auszug)

Am 28. August 2018 wurde der Zwischenbericht der Task Force zur Aufklärung des Medikamentenskandals vorgelegt. Am selben Tag trat Diana Golze, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie von ihrem Amt zurück. Dazu erklären die zwei Landesvorsitzenden, Anja Mayer und Diana Golze:

„Wir müssen für uns festhalten, dass in diesem Bericht nicht alle Fragen schlüssig beantwortet werden konnten und das Ausmaß der europaweiten kriminellen Machenschaften nur im Ansatz beleuchtet werden konnte. Daneben

ist eine weitere Tatsache, dass auch Versäumnisse im Landesgesundheitsamt und im für die Aufsicht zuständigen Gesundheitsministerium vorlagen, die mit dazu beigetragen haben, dass die Patientinnen und Patienten nicht ausreichend geschützt werden konnten. Hinzu kamen strukturelle Probleme, die ein effektives Handeln der Medikamentenaufsicht nicht ermöglicht haben. (...) Liebe Genossinnen und Genossen, durch diesen Skandal haben die Patientinnen und Patienten, die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in das Handeln der Gesundheitsbe-

hörden, aber auch in uns als Partei verloren. Durch Transparenz und entschlossenes Handeln müssen wir versuchen, Vertrauen zurück zu gewinnen, auch wenn wir wissen, dass dies sehr schwer werden wird. Wir werden hier alle gemeinsam gefordert sein und wir bitten euch um eure Unterstützung.“

Die Co-Vorsitzende Diana Golze bekräftigte: „Als Ministerin habe ich in den vergangenen Wochen alles in meiner Macht stehende getan, um aufzuklären, wie es zu diesem Skandal kommen konnte und welche Versäumnisse es im Ministerium und im Landesgesund-

heitsamt gab. In der Öffentlichkeit und im politischen Raum war ich in den vergangenen Wochen starkem Druck ausgesetzt. Ohne Zweifel gibt es kein persönliches Verschulden für die Vorgänge, dennoch trage ich als Ministerin auch politische Verantwortung. Ich habe deshalb entschieden, diese Verantwortung wahrzunehmen, indem ich meinen Teil zur Aufklärung beigetragen habe. Doch die politische Verantwortung bleibt. Deshalb werde ich heute meinen Rücktritt als Ministerin bekannt geben.“

■ Weitere Aufklärung und Respekt – Erklärung von Ralf Christoffers, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg

Zum Rücktritt von Gesundheitsministerin Diana Golze erklärt der Fraktionsvorsitzende Ralf Christoffers: „Auch nach dem Rücktritt von Diana Golze bleibt DIE LINKE dabei: An erster Stelle muss es um die weitere Aufklärung des Medikamentenskandals und um Patien-

tinnen und Patienten gehen. Dafür sind jetzt schnellstmöglich strukturelle und organisatorische Konsequenzen aus dem Bericht der Task Force zu ziehen und politisch umzusetzen. Darin sehen sich die Abgeordneten die Linksfraktion in der Pflicht. Das betrifft auch die

personelle Ausstattung im Ministerium, die für eine konsequente Umsetzung nötig ist. Die Fraktion und ich persönlich nehmen den Rücktritt von Diana Golze mit Respekt entgegen und danken ihr und ihren Mitarbeitern für die geleistete Arbeit. Wir haben immer deut-

lich gemacht, wenn der Bericht der Task Force vorliegt, werden wir entsprechende Schlussfolgerungen für die Fach- und Rechtsaufsicht und die bundespolitische Rahmensetzung ziehen und damit die Arbeit weiter führen.“

Aus dem Kreistag Oder-Spree

■ Die September-Kreistage 2018

Der September brachte für den Kreistag Oder-Spree eine Premiere. Er wurde für den 19. September zu einer Gemeinsamen Sitzung der Kreistage Słubice und Oder-Spree in das Collegium Polonicum nach Słubice einberufen. Auf der Tagesordnung stand die Vorstellung des Projektes „Vertiefung der Zusammenarbeit der Partnerlandkreise auf der Verwaltungsebene durch grenzübergreifende Straßeninvestitionen“ sowie die Berufung der Mitglieder der dafür einzurichtenden Arbeitsgruppen, (Steuerungsgruppe sowie die Gruppen „Wirtschaft“ und „Tourismus“).

Gerade angesichts der aktuellen Irritationen in den deutsch-polnischen Beziehungen handelt es sich um ein erfreuliches Zeichen für die Entwicklung der Zusammenar-

beit über die Oder-Neiße-Grenze hinweg.

Im „regulären“ September-Kreistag folgte dann eine Initiative der Linksfraktion, die direkt die Probleme der deutsch-polnischen Zusammenarbeit aufgriff. Unser Antrag für eine Entschließung des Kreistages „Gleicher Lohn und gleiche Sozialleistungen für alle, die in Deutschland arbeiten!“ betrifft vor allem die gerechte Behandlung von Kindern polnischer Beschäftigter in Deutschland. Von Allen, denen nach aktuellen Forderungen, unter anderem des deutschen Landkreistages, eine Kürzung des Kindergelds droht, sind etwa die Hälfte Kinder polnischer Arbeitnehmer*innen, die hier arbeiten und so zum deutschen Wohlstand beitragen. Darüber hinaus stand (hoffentlich ab-

schließenden) zur Beratung unser Antrag zur „Förderung integrationsrelevanter und konfliktverhütender Maßnahmen im Landkreis Oder-Spree“. Er soll den Tafeln im Landkreis bei ihrer Arbeit zur Unterstützung der bedürftigsten Mitbürger*innen helfen.

Außerdem setzte unsere Fraktion mit Anfragen an den Landrat Probleme der Entwicklung der Freiwilligen Feuerwehren – besonders nach den großen Waldbränden dieses Sommers – und der Entwicklung des Kommunalen Wirtschaftsunternehmens Entsorgung (KWU) auf die Tagesordnung.

Da alle Beratungen nach Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe des „Widerspruch“ anstehen, werden wir in der folgenden Ausgabe über die Ergebnisse berichten.



von **Dr. Artur Pech**,
Schöneiche,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-Spree



von **Fritz R. Viertel**, ist Straßenbahnfahrer, arbeitet für DIE LINKE sowie den sozial-ökologischen Verkehrsclub Deutschland (VCD) in der AG ländliche Entwicklung im Landkreis Oder-Spree mit und bewirbt sich um die Direktkandidatur im Landtagswahlkreis 31 (Hoppegarten, Neuenhagen, Erkner, Woltersdorf, Schöneiche)

Foto: Andreas Winter

Mehr Straßenbahn wagen!

Ein Diskussionsbeitrag zur Nahverkehrsplanung des Landkreises Oder-Spree

Unter der Regie der Beigeordneten Gundula Teltewskaja (parteilos, für DIE LINKE) und durch einen Beschluss des Kreistages hat der Landkreis Oder-Spree eine Arbeitsgruppe zur ländlichen Entwicklung gebildet – die sich u.a. mit dem Thema Mobilität befasst. Dort stellte die Kreisverwaltung kürzlich die aktuelle Verkehrsplanung vor. Es bot sich ein bescheidenes Bild: Der letzte Kreisnahverkehrsplan (KNVP) – das zentrale Planungsdocument für den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) in der Region – galt 2012 bis 2016. Statt einer Fortschreibung erfolgte 2017 der Abschluss eines neuen Verkehrsvertrages – eigentlich Instrument zur Umsetzung der Planung – mit der Busverkehr Oder-Spree GmbH für weitere 10 Jahre auf der Basis der Annahmen aus dem alten KNVP. Nun soll zwar ein neuer Plan her, doch der Rahmen ist bis 2027 weitgehend gesetzt.

Dieser Text versucht, diesen absurden Umstand als Chance zu begreifen. Denn er bietet die Gelegenheit, die ÖPNV-Entwicklung im Landkreis in einem Horizont von 10 bis 20 Jahren zu denken. Und da kommt ein Verkehrsmittel in den Blick, das im Kreis zwar seit langer Zeit existiert, in der Nahverkehrsplanung bisher aber eine untergeordnete Rolle spielte: Die Straßenbahn.



Diese Straßenbahn aus finnischer Produktion fährt demnächst auf der Linie 88 zwischen Schöneiche und Rüdersdorf. Rollt er zukünftig bis nach Neuenhagen und Herzfelde? Foto: Alex Hallberg [CC BY-SA 3.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)], via Wikimedia Commons

Vorteile der Straßenbahn ernst nehmen

Auch wenn Überlandstraßenbahnen teilweise anderen Voraussetzungen unterliegen als im Stadtverkehr, kommen ihre wichtigsten Vorteile im Vergleich zum Busverkehr ebenfalls zum Tragen:

- „Schienen-Bonus“ – Bei der Umstellung von Bus auf Straßenbahn nutzen mehr Fahrgäste den ÖPNV. Die Tram bringt viele Autofahrer*innen zum Umsteigen. Vorteile sind u.a. mehr Komfort und Platz als im Bus.
- Umweltfreundlichkeit – Straßenbahnen sind umweltfreundlich. Sie verschmutzen die Luft vor Ort nicht. Sie erzeugen keine Abgase und können mit Ökostrom fahren.
- Schnelligkeit – Straßenbahnen sind schneller als Busse. Auf eigener Trasse und mit Vorrangschaltungen an Straßenkreuzungen fahren sie an jedem Stau vorbei. So können sie auch längere Strecken in kurzer Zeit zurücklegen.

Straßenbahn kostet dabei nicht zwangsläufig mehr als Busverkehr. Zwar sind Busse bei der Neubeschaffung billiger als Straßenbahnen. Während ein Bus rund 8 bis 10 Jahren im Einsatz ist, können Straßenbahnen 30 Jahre oder länger fahren. Ähnlich bei der Infrastruktur: Busse fügen einer Straße so viel Schaden zu wie 50 000 bis 100 000 PKW und erhöhen den Sanierungsbedarf immens. Straßenbahngleise halten auf gerader Strecke bis zu 40 Jahre.

Potenzial zum Straßenbahnausbau in Oder-Spree

Das Potenzial zum Straßenbahnausbau im Landkreis knüpft dort an, wo bereits Verkehrsbetriebe existieren. Das ist innerhalb des Landkreises mit den Tramlinien 87 (Woltersdorf) und 88 (Schöneiche) der Fall. Zudem verfügt die benachbarte Stadt Frankfurt (Oder) über ein Netz mit derzeit 5 Tramlinien. Ausgehend von der bestehenden Infrastruktur könnten folgende Erweiterungen in den Blick genommen werden:

1. Verlängerung der Linie 87 von Woltersdorf Schleuse nach Rüd-

dersdorf Marienstraße (ca. 4,4 km),

2. Ausbau der Linie 87 von Woltersdorf Thälmann-Platz nach Erkner Bahnhof bzw. bis nach Gosen/Neu Zittau (ca. 2,6 km bis 8,0 km),
3. Ausbau der Linie 88 zwischen S-Bahnhof Berlin-Rahnsdorf, Schöneiche und S-Bahnhof Neuenhagen bzw. bis zum U-Bahnhof Hönow (ca. 9,0 km bis 14,1 km),
4. Verlängerung der Linie 88 von Alt-Rüdersdorf nach Herzfelde und Hennickendorf bzw. bis nach Strausberg (ca. 7,3 km bis 10,5 km),
5. Verlängerung der Linie 4 von Markendorf Ort (Frankfurt (Oder)) nach Müllrose Bahnhof bzw. Müllrose Süd (ca. 7,5 km bzw. 8,3 km),
6. Verlängerung der Linien 1 und/oder 5 von Frankfurt (Oder) Mühlenweg nach Brieskow-Finkenheerd bzw. Groß Lindau oder Wiesenau (ca. 10 km bzw. 15 km).

Chancen des Straßenbahnausbaus nutzen

In vielen Gemeinden ist der Verkehr für mehr als ein Drittel der Kohlendioxidemissionen verantwortlich. Wollen wir die Pariser Klimaziele erreichen, muss der Autoverkehr um die Hälfte reduziert werden. Wir müssen zudem die Mobilität derjenigen gewährleisten, die kein Auto nutzen können (z.B. Kinder, Arme, Menschen mit Behinderung) oder wollen. Das wird nur mit einem attraktiven, umweltfreundlichen und leistungsstarken ÖPNV gelingen. Besonders im Stadtumland kann der Straßenbahnausbau – in Verbindung mit einem innovativen Finanzierungsmodell (wie dem „Templiner Modell“ oder dem Bürgerticket) den PKW-Verkehr reduzieren und so für mehr Lebensqualität sorgen. Deshalb sollten wir mit der neuen Nahverkehrsplanung mehr Straßenbahn wagen!

Dieser Text basiert auf einem Diskussionspapier des VCD Brandenburg, das unter www.vcd-brandenburg.de abgerufen werden kann.

Fehlender Datenschutz verstößt gegen Grundrechte der Ärmsten

Negativbeispiel macht Fragen und daraus resultierenden Anforderungen deutlich

Die Möglichkeit, sensible Dokumente und Daten den Verwaltungsbehörden auf digitalem Wege zur Verfügung zu stellen, vereinfacht dem Bürger und auch der Verwaltung viele Prozesse, Prozeduren und verringert Wege. So möchte man meinen!

Ein kürzlich bekannt gewordener Vorgang in Jobcentern lehrt das Gegenteil.

Wenn Jobcenter Scan-Zentren beauftragen, ist der Datenschutz der Bürger in Gefahr

Hartz IV ist ein Armutszeugnis für den Sozialstaat, das ist unstrittig. Doch wenn die Rechte der Ärmsten der Bevölkerung auf Schutz ihrer persönlichen Daten auch noch mit Füßen getreten werden, ist das in doppelter Hinsicht zum Empören.

Über drei Viertel der Jobcenter verfügen über eine elektronische Akte. Zum Beispiel können Kontoauszüge, Einkommensbescheinigungen oder der Mietvertrag von Hartz-IV-Beziehern dem Jobcenter digital übersandt werden. Das spart nicht nur Arbeit, sondern schont auch Ressourcen wie Papier und Druckerfarbe. Soweit die Theorie. In der Praxis sieht das anders aus. Denn vieles läuft noch über den normalen Postweg. Folgerichtig müssen die Daten und Dokumente dann eingescannt werden. Und da Jobcenter chronisch überlastet sind, ist die Deutsche Post AG mit dem Einscannen vom Jobcenter beauftragt. Extra eingerichtete Scan-Zentren übernehmen die Digitalisierung. Das ist der falsche Ansatz!

Sensible Bürgerdaten werden weitergegeben und damit nicht mehr im ausreichenden Maße geschützt

Fragen über Fragen stellen sich: Wie werden die Daten bzw. die Dokumente der Bürger noch vor einer Weitergabe und dann bei der Weitergabe geschützt? Was sind das für Mitarbeiter, die bei der Post arbeiten und welche besonderen Qualifikationen haben sie? Was passiert mit den Dokumenten?

Die eingescannten Daten werden einer Datenbank zugeführt, auf die der Mitarbeiter der Jobcenter

via Intranet zugreifen kann. Die Missbrauchsgefahr bei solchen großen Datenbanken ist unübersehbar. Missbrauch, Manipulation und Angriffe sind bei gespeicherten personenbezogenen Daten ein einzukalkulierendes Problem, welchem stets und ständig vorgebeugt werden muss. Der Schutz der Daten von Bürgern hat Priorität. Und letztlich: Was passiert mit den Papierdokumenten anschließend? Es bleibt zu hoffen, dass sie sachgemäß geschnitten werden.

Datenschutz der Bürger muss Leitgedanke der Digitalisierung der Verwaltung sein

Der Digitalisierungsprozess in der Verwaltung muss anders ablaufen. Kernprinzip ist der Datenschutz für Bürger. Denn sind nicht letztlich die Daten der Bürger genau so ein schützenswertes Gut wie der im Grundgesetz verankerte Schutz der Wohnung oder des Eigentums? Wenn ja, dann ist der behördliche wie kommerzielle Zugriff rechtlich auszugestalten. Das bedeutet zum Einen, dass es strafbar sein muss, wenn jemand sich rechtswidrig Zugang zu den Daten der Bürger verschafft, sie elektronisch manipuliert oder auch nur privatwirtschaftlich verwertet. Und zum anderen muss gewährleistet sein, dass solche Vergehen strafprozessual verfolgt und sanktioniert werden.

Zu bedenken bleibt, dass die privaten Daten der Bürger als ein Ausschnitt der Würde jedes einzelnen Menschen anzusehen sind. Auch für sie gilt der grundgesetzliche Schutz unserer Verfassung. Dann ist der behördliche Zugriff auf Daten der Bürger wie im angesprochenen Fall bei den Jobcentern über präzise rechtliche Anordnungen, eindeutige Vorgaben zu regeln. Die Bürger müssen über den Zugriff auf ihre Daten in Kenntnis gesetzt werden. Zeitlich beschränkte Ausnahmen könnten allenfalls dann gemacht werden, wenn überragende Gemeinschaftsgüter, das Gemeinwohl – etwa wie im Strafrecht die Flucht- oder Verdunklungsgefahr – betroffen sind.



von
Franziska Schneider,
 Erkner, Vorstandsmitglied DIE LINKE
 Erkner, Gosen-Neu Zittau
 Bewerberin als Kandidatin zur Landtagswahl im Direktwahlkreis 31 – Neuenhagen und Hoppegarten (beide MOL) sowie Schöneiche, Woltersdorf und Erkner (alle LOS),
 Foto: Spreebote



Datenschutz ist bei mittlerweile alltäglichen Gebrauchsgegenständen notwendig,
 Foto: Goumbik [CC0 oder CC0], via Wikimedia Commons

NACHRICHT

Schutz der Grundrechte statt mehr Videoüberwachung

Die Prioritäten der Bundesregierung sind ganz klar: Immer mehr Bahnhöfe sollen videoüberwacht werden. Derzeit sind in Deutschland mehr als 900 Bahnhöfe mit über 6000 Videokameras ausgestattet. Diese 6000 Kameras kosten bis zu 1,35 Milliarden Euro, also bis zu 225000 Euro pro Kamera! Dies geht aus den Antworten der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage hervor (<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/039/1903931.pdf>).

Die Bundesregierung meint, dass die Überwachung für die

Gefahrenabwehr und Strafverfolgung ein notwendiges Instrument darstellt. Sowohl die Bundespolizei als auch andere Strafverfolgungsbehörden sowie die Deutsche Bahn AG haben live Zugang zu den aufgezeichneten Videodaten. Die Daten werden bis zu 30 Tagen gespeichert. So soll laut der Bundesregierung die Kriminalität an Bahnhöfen bekämpft werden.

Ein starker Sozialstaat, Präventionsarbeit und mehr Personal bei der Polizei und Justiz stellen einen besseren Garant für die Sicherheit dar, als jede

Videokamera. Darüber hinaus werden die Grundrechte, wie die informationelle Selbstbestimmung, nicht wirklich beachtet. Der CSU-Innenminister Seehofer setzt mit dem Ausbau der Videoüberwachung auf Schritte in den Überwachungsstaat. Wir brauchen stattdessen einen umfassenden Schutz der Grundrechte. Die Bundesregierung erkennt, dass es niemals eine 100-prozentige Sicherheit durch Überwachung geben kann.

Niema Movassat, verfassungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Regionalkonferenz in Beeskow am 8. 9. 2018

von
Franziska Schneider,
 Mitglied des Vor-
 standes DIE LINKE
 Erkner, Gosen-Neu
 Zittau

■ Woher kommt die Energie von morgen und wie kann sie gespeichert werden?

DIE LINKE ringt um eine neue Energiepolitik

Auf der Regionalkonferenz des Zukunftsdialogs in Beeskow am 8. September 2018 wurden an verschiedenen Tischen wesentliche Fragen der Themen für das Programm der Landtagswahl 2019 erörtert. Am Tisch „Energie- und Speicherverfahren“ trafen sich Interessierte und Auskenner, die mit dem Experten Wolfgang Rump, Leiter der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree, einen anerkannt kompetenten Führer durch die komplizierte Materie hatten. Es entspann sich eine komplexe, kontroverse und auf einen Nenner führende Diskussion: Die Energiewende ist unaufhaltsam, sie muss sozialer durchgeführt und besser kommuniziert werden.

Am Rande der Konferenz im Spreepark Beeskow führte Franziska Schneider mit dem Diplom-Geographen Rump ein Interview:

Was läuft gut in Brandenburgs Energiepolitik?

Das landeseigene Engagement für die Energiewende wird jedes Jahr im Bundesländervergleich „Statusreport Föderal Erneuerbar“ sichtbar, so dass wir weiterhin im Vergleich zu unseren nördlichen Nachbarn stolz auf das bisher erreichte sein können, dass durch die Energiepolitik des Landes Brandenburg ermöglicht wurde.

Welche Förderwege sollten beibehalten und weiter ausgebaut werden?

Das Ministerium für

Wirtschaft und Energie hat zum 1. Januar 2018 seine Energieeffizienzrichtlinie aktualisiert. Das Land Brandenburg hat sich durch das Förderprogramm RENplus 2014–2020 fortschrittlich aufgestellt und eine Förderkulisse geschaffen, die zur Zielerreichung der Energiestrategie 2030 beitragen wird. Für unsere Region ist es bedeutend, dass der European-Energy-Award als Managementsystem wieder Bestandteil der Förderung ist. Kommunen wie die Gemeinde Schöneiche bei Berlin oder die kreisfreie Stadt Beeskow können durch die Zertifizierung fachliche Grundlagen vertiefen, und weiterhin an der strategischen Ausrichtung bei der Anpassung an den Klimawandel arbeiten. Neuer Fördertatbestand in RENplus 2014–2020 ist auch der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität. Für diesen ist seit dem 3. September 2018 ein eigener Förderaufruf für öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktursysteme gestartet.

Was muss besser werden? Und wie dringend?

Wir sind aktuell auf einem guten Weg. Bedeutend ist für die weitere Umsetzung vor allem politische Konstanz auf Landes- als auch der kommunalen Ebene.

Schafft die Energiewende mehr Arbeitsplätze als sie vernichtet?

Die Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der Erneuerbaren wurden in einer Studie der Prognos AG für Brandenburg evaluiert¹. In der Branche der Erneuerbaren wurde eine Gesamtbeschäftigung von 14 800 Erwerbstätigen ausgewiesen. Die Beschäftigung lag 2015 bereits höher, als in der Braunkohleindustrie mit 13 800 Erwerbstätigen. Die Energiewende schafft neue Beschäftigungs-

¹ Prognos AG (2017): Evaluation und Weiterentwicklung des Leitszenarios sowie Abschätzung der Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte. Grundlage für die Fortschreibung der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg. (13.07.2017)

möglichkeiten in Brandenburg. Industrien und Wirtschaftszweige entwickeln sich weiter, das ist ein typischer Lebenszyklus der Wirtschaft – von IT bis Energiewirtschaft. Die Gestaltung des Wandels für Brandenburg ist Aufgabe der Landespolitik.

Trifft die Debatte um Flächen für Windkraftanlagen den Kern des Problems?

Der Flächenanteil der für die Windenergienutzung zur Verfügung gestellt wurde konnte auf 1,6 Prozent der Landesfläche minimiert werden. Die Planungsregion Oderland-Spree liegt damit sogar unter dem landesweiten Ziel der Energiestrategie 2030, insgesamt 2 Prozent der Fläche zur Verfügung zu stellen. Entscheidender ist es sich zu verinnerlichen wie nachteilig sich die Atomkraftnutzung auf den Lebensraum von Menschen in Tschernobyl und Fukushima ausgewirkt hat als auch welche nachteiligen Auswirkungen der Braunkohleabbau für die Landschaft in der Lausitz besitzt.

Sollte der öffentliche Personennahverkehr bei der Umstellung auf erneuerbare Energien vorangehen?

Durchaus, eine schrittweise und synchrone Umstellung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), des Individualverkehrs als auch der Nutzfahrzeuge in den Betrieben oder kommunalen Fuhrparks wird benötigt. Mehr Vielfalt, also ein Mix an Kraftstoffen auf unseren Straßen ist gefragt – neben stromgetriebenen Fahrzeugen ist in der ersten Phase auch eine Umstellung auf Erdgas eine solide und wirtschaftliche Möglichkeit (vgl. Städtischer Verkehrsbetrieb Frankfurt (Oder)). Die Brandenburgische Technische Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg forscht bereits auch zum Zukunftskraftstoff Wasserstoff.

Sollte mehr Energieerzeugung in kommunaler Hand sein?

Es gibt ein interessantes Modell in der nördlichen Nachbarregion:



Pinnwand mit Schwerpunktthemen linker Energiepolitik und Handlungsempfehlungen für den Entwurf eines Landtagswahlprogramms 2019.

Foto: Franziska Schneider

die Kreiswerke Barnim. Die Kreiswerke sind eine hundertprozentige Tochtergesellschaft des Landkreises Barnim. Der Kreis und die Kommunen aus der Region arbeiten gemeinsam an der Umsetzung Ihrer Null-Emissions-Strategie und setzen die Kommune in den Fokus der Energiewende.

Können Sie uns etwas sagen zu den aus Landesmitteln geförderten Projekten zur Forschung für Energiespeicher?

In Märkisch-Oderland wurde mittels RENplus 2014–2020 ein Großbatteriespeicher in Containerbauweise errichtet, mit 5 MW Leistung, die für Regelenergie und Netzentlastung eingesetzt werden kann (Investitionsvolumen: rund 6,3 Mio. €, RENplus: rund 2,825 Mio. €).

Für den Strukturwandel begrüßen wir es, wenn die Lausitz auch

mit Unterstützung des Bundes Modellregion für Energiespeicher wird und Forschungseinrichtungen dort weiter gestärkt werden.

Daneben sind Speicherung und Sektorenkopplung zentrale Bausteine im Maßnahmenpaket zur Energiestrategie 2030. Neben der Forschung an der BTU Cottbus-Senftenberg werden bereits Machbarkeitsstudien für integrierte Energiesysteme wie am Standort Sperenberg initiiert. Dort wurde eine Studie für ein speicherkombiniertes Erneuerbare-Energien-Kraftwerk abgeschlossen. Geprüft wurde die Erschließung von ungenutzten Flächen der ehemaligen Heeresversuchsanstalt Kummersdorf (Landkreis Teltow-Fläming) für ein Reallabour aus – Windkraft, Photovoltaik, Speicher – und wie man eine Systemintegration zum benachbarten Gasturbinenkraftwerk in Thyrow schaffen könnte.

Welche energiepolitischen Schwerpunkte empfehlen Sie der Landespartei auf der einen und der Linkspartei im Landkreis auf der anderen Seite für ihre Wahlprogramme?

Akzeptanz, Beteiligung und kommunale Wertschöpfung sind drei Elemente, die in einem Regierungsprogramm weiter fokussiert und differenziert werden können.

Wird die Bevölkerung in die Probleme, Prozesse und Lösungen ausreichend einbezogen?

Bei öffentlichen Planungsvorhaben gibt es Beteiligungsverfahren, die auch gut von der brandenburgischen Bevölkerung angenommen wird.



Wolfgang Rump während einer Anhörung in der 39. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie am 18.04.2018

Foto: Landtag Brandenburg

■ Wohnungsnot und Verdrängung entschieden bekämpfen

Aus Workshop zu Wohnungspolitik und Landesplanung

Er war breit und hochkarätig besetzt, der mit „Stadt, Land, Fluss – Wohnungspolitik und Landesplanung“ überschriebene Workshop des linken Zukunftsdialoges in Beeskow. Vom Minister über die Landtagsabgeordnete, den Kreisbaudezernenten, Kommunalpolitiker*innen bis hin zu Neumitgliedern war alles dabei. Entsprechend vielfältig, konstruktiv und fachkundig verlief die Diskussion.

Landesplanung mit Stärken und Schwächen

Zunächst wurde ein Blick auf den neuen Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR) geworfen, der nach mehrjähriger Beratung nun im Oktober vom Landeskabinett beschlossen werden soll. Die sternförmige Siedlungsentwicklung um die Metropole Berlin offenbarte Stärken und Schwächen. Wenn Erkner wachsen soll, dies wegen Platzmangel aber nicht kann. Oder wenn Schöneiche nicht uneingeschränkt neue Wohngebiete auf der grünen Wiese ausweisen darf. Zwar kann die Landesplanung nicht alle Fragen (sinnvoll) beantworten, ihre Sinnhaftigkeit wurde unter den Teilnehmenden dennoch breit geteilt. Am besten erfolgt sie auf der Basis aktueller Daten aus den Kommunen. Einigkeit bestand

zudem darüber, dass Aspekte der Mobilität zwischen den Hauptverkehrsachsen künftig größere Beachtung finden sollten. Ebenso wie die Entwicklungsbedürfnisse jenseits des Berliner Umlandes.

Anschließend nahmen wir die Wohnungspolitik in den Blick. Zentrales Fazit: Dieses Thema wird in der kommenden Wahlperiode eine noch größere Rolle spielen. Denn die Situation im „Speckgürtel“ ist schon jetzt prekär: Zuzugsdruck, steigende Boden- und Mietpreise sorgen für soziale Verdrängung (Gentrifizierung). Soll Wohnen und Leben dort künftig für von Armut Betroffene sowie Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen möglich sein, muss das Land entschieden gegensteuern. Denn die Kommunen allein sind dazu vielfach nicht willens oder in der Lage. Die – dennoch nötige – Überarbeitung der sozialen Wohnbauförderung (Zuschüsse statt Darlehen, Weitere Förderkulissen, Anreize für Gemeinnützigkeit, Barrierefreiheit, Umbau von Bestandsgebäuden u.a.m.) wird nicht ausreichen. Das Land muss in der Boden- und Wohnungspolitik selbst aktiv werden. Eine Landesentwicklungsgesellschaft könnte Bauland in größerem Stil aktivieren, erschließen und für sozialen

Wohnungsbau bereitstellen. Eine landeseigene Wohnungsgesellschaft ginge noch einen Schritt weiter, um selbst preiswerten Mietwohnraum zu schaffen. Hieran werden weitere Diskussionen anknüpfen. Wichtig war den Teilnehmenden, dass linke Wohnungspolitik stärker zukünftige Wachstumszentren in den Blick nimmt – und nicht abwartet, bis die Wohnungsnot dort ankommt.

Einladung zum Weiterdenken

Der Workshop endete mit dem Wunsch, die Diskussion fortzuführen, z.B. im geplanten Arbeitskreis „Städtebau und Wohnungspolitik“ der neuen LAG Kommunalpolitik. Interessierte sind herzlich eingeladen!

Fritz R. Viertel, Mitglied im Sprecher*innenrat der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Kommunalpolitik, moderierte den „Stadt, Land, Fluss“-Workshop bei der Regionalkonferenz in Beeskow

Zukunftsdialog zur Politik der LINKEN im Land Brandenburg von DIR, mit DIR und für DICH!

Es geht um Dialog, Kennenlernen und darum, gemeinsam in freier Atmosphäre Themen und Ideen für das Landtagswahlprogramm 2019 zu sammeln. Bisher fanden drei Veranstaltungen statt. Die letzte Regionalkonferenz wird am 29. September in Großräschen durchgeführt.

www.dielinke-brandenburg.de/politik/zukunftsdialog

von
Fritz R. Viertel,
Vorsitzender
DIE LINKE
Schöneiche

Unterschriften der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ am 13. September 2018 an Fraktionen des deutschen Bundestages übergeben

Über 90 000 Unterzeichner sagen „Nein“ zur Aufrüstung

Anlässlich der Haushaltsberatungen informierten Mitglieder des Arbeitsausschusses der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ Bundestagsfraktionen über die den Stand der Unterschriftensammlung. Vertreter der Initiative traten mit der symbolischen Übergabe der bisherigen 90 000 Unterzeichner des Aufrufes entschieden gegen die geplante Aufrüstung im Haushalt 2019 durch die Bundesregierung ein.

In Gesprächen mit Vertretern der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN (Die AfD wurde nicht angefragt, Gespräche mit der CDU und FDP kamen nicht zustande.) wurde gegen die im Haushalt 2019 angekündigte Erhöhung des Verteidigungshaushalt um 11,9 Prozent auf 42,4 Milliarden Euro angekündigt. Dieses sei die höchste jährliche Erhöhung dieses Etats seit mindestens 30 Jahren. Auch gegen die von Verteidigungsministerin von der Leyen

angekündigte Steigerung für das sogenannte „Fähigkeitsprofil“ der Bundeswehr, bis zum Jahr 2024 weitere 60 Milliarden für Krieg und Rüstung zu verschwenden, wurde Protest angekündigt.

In mehr als 200 Veranstaltungen zum Antikriegstag am 1. September 2018 haben Gewerkschafter und Aktive der Friedensbewegung gegen Aufrüstung und Krieg protestiert. Auf fast allen Veranstaltungen wurden Unterschriften unter dem Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ gesammelt.

Die 2 Prozent des Bruttosozialproduktes, die die Bundesregierung



und die NATO für Rüstungsausgaben wollen, bedeuten für Deutschland nach Berechnungen der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) für 2024/25 ca. 85 Milliarden Euro oder mehr als 20 Prozent des Haushaltes. Diese gigantische Verschwendung von Ressourcen bedeutet auch eine Steigerung der Gefahren von weltweiten Kriegen und muss verhindert werden. Denn das Geld wird dringend gebraucht: Im Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ heißt es:

„Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen. So bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.“

Die Unterschriftensammlung wird intensiviert!

Die jetzt begonnenen Haushaltsberatungen sollen zu aktiven Monaten ausgedehnter Unterschriftensammlungen bei den unterschiedlichen Aktionen der Friedensbewegung werden. Am ersten Wochenende im November – vom 1. bis 4. 2018 – wird an vielen Orten für Abrüstung in der Bundesrepublik dezentral und auf die Straße demonstriert werden.

Unterschriftenlisten siehe „Widerspruch“, August 2018.



Übergabe der Unterschriftensammlung in der Fraktion DIE LINKE im Bundestag am 13. September, v.l.n.r.: Willi van Ooyen*, Gerold König* (pax christi), Heike Hänsel (stellv. Fraktionsvorsitzende DIE LINKE), Alexander Neu (MdB, DIE LINKE), Philipp Ingenleuff*, Reiner Braun*, Michael Müller*, * abrüsten statt aufrüsten ©Netzwerk Friedenskooperative

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

■ Fürstenwalde

LINKE-Infostände im Stadtgebiet

9. August, 17-18 Uhr, Stadtmitte am Platz „Doppelgänger“, DIE LINKE Fürstenwalde startet ihre Aktion „Wo drückt der Schuh – Wir hören Ihnen zu“.

Die Bürger sind die Experten in Ihrem Wohngebiet, sie kommen vorbei und sprechen



uns an. DIE LINKE hört zu, greift die Anliegen der Bürger auf und bringt sie in die Kommunalpolitik ein, damit es im Kiez lebens- und liebenswert bleibt! Neben fehlenden Papierkörben, öffentlichen Toiletten, Rast- und Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen Raum, gab es Klagen aus einer „altersgerechten“, im Stadtzentrum gelegenen, Wohnanlage über die ständige Lärmbelästigung durch Stadtfeste und Jahrmärkte auf dem Fürstenwalder Marktplatz sowie Musikveranstaltungen vor der Kulturfabrik.



9. September, Marktplatz am Rathaus DIE LINKE Fürstenwalde verkauft leckere alte Apfelsorten auf dem Handwerker- und Bauernmarkt in Fürstenwalde.

*Text und Fotos:
Thomas Wulke*

NEUE FILMREIHE IM FILMTHEATER UNION FÜRSTENWALDE

Handicap – „Behindert ist man nicht, behindert wird man gemacht!“

Dieser Satz war jahrelang Leitmotiv von Menschen, die im Behindertenbereich gearbeitet haben oder mit Menschen mit Behinderung zu tun hatten.

Eine fortschrittliche Behindertenpolitik in ganz Europa sprach von Empathie, Achtung, Akzeptanz und dem Umgang auf Augenhöhe. Leider bestimmt heute eine Wirtschaft die Behindertenpolitik, die Verwaltungshürden aufbaut, Sparpolitik diktiert und Menschen, die im Behindertenbereich leben und arbeiten, zu Anlagekapital macht, das sich nicht mehr lohnt.

In der Filmreihe „Handicap“ wird durch Fallgeschichten eine nicht perfekte Welt auf vielerlei Weise sichtbar gemacht. Manchmal witzig, manchmal traurig, aber immer Kraft gebend, Mut machend.

Das Filmtheater Union in Fürstenwalde hat zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Fürstenwalde am 6. September eine Filmreihe begonnen, die Einfühlung und Ermunterung bewirken möchte und damit

Kraft geben will, nicht mitzumachen dabei, Menschen mit Behinderungen und Problemen als Menschen zweiter Klasse anzusehen.

Die Filmreihe wird an jedem ersten Donnerstag im Monat um 18 Uhr gezeigt, anschließend wird die Möglichkeit zur Diskussion gegeben. Die genauen Termine entnehmen Sie bitte dem Programmflyer (Liegen im Kino Union aus).

Die ausgesuchten Filme zeigen Schwierigkeiten, aber zeigen zugleich auch, wie diese überwunden werden können. Die Filme machen Mut und geben Kraft. Darüber hinaus sind sie witzig, spannend und intelligent. Auch traurige Filme sind dabei, weil das Leben manchmal eben auch traurig ist. Wenn man Traurigkeit künstlerisch ausdrückt, fühlt man sich tief berührt, und diese Berührung hilft, sich selbst, die Welt und andere besser zu verstehen.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch,
Anja Röhl & Kinochef



Me too – wer will schon normal sein

4. Oktober 2018, 18 Uhr,
Filmtheater Union,
Fürstenwalde,

Daniel leidet am Down-Syndrom. Als Erster mit diesem Handicap in Europa schließt er ein Hochschulstudium ab und arbeitet anschließend als Sozialarbeiter in Sevilla. Er verliebt sich in seine „normale“ und attraktive Kollegin Laura. Die akzeptiert ihn als Freund, langsam auch als Geliebten. Ihre Umwelt reagiert mit Unverständnis oder gar Abwehr auf die Beziehung. Und auch Laura fragt sich, warum gerade ich? Seine Antwort sagt alles: „Weil du mir das Gefühl gibst, normal zu sein.“

Wunderschöne Lebensgeschichte des ersten Menschen mit Down-Syndrom, der Abitur und studiert hat. Im Mittelpunkt steht die zärtlich-freundschaftliche Annäherung zu einer psychisch traumatisierten Frau und wie sich daraus eine Liebe entwickelt. Der Hauptdarsteller ist der Regisseur und spielt gleichzeitig sich selbst.

Spanien 2009, FSK-6, 103 Minuten, Liebe/Drama



Gundermann – Poet, Rebell, Arbeiterdichter

Auferstanden im Film – 2018

von
Anja Röhl,
Fürstenwalde

Es gibt einen Sänger, den lieben alle diejenigen, die zwischen 1976 und 1989 herum rebellisch, kritisch, selberdenkend waren und eine andere DDR wollten. Keinen Westen, nein, eine andere, gerechtere, nicht so autoritäre DDR.

Und es lieben ihn all diejenigen, die ab 1989 dann begriffen haben, dass der Westen sie um die Früchte ihrer systemkritischen Arbeit betrogen hat, denn statt einer besseren Arbeiterrepublik mit mehr Demokratie, hatten sie nun, mittels Besetzung, eine Gelddiktatur, mit weniger Demokratie bekommen.

Arbeiter wie Gundermann wurden tausendfach an die frische Luft gesetzt. Die vielfältigen Berufe im Arbeiterbereich wurden im Westen einfach abgeschafft und Mitte 90er Jahre, nach 20 Jahren „Schicht im Schacht“ standen Gundermann und Zehntausende anderer DDR-Arbeiter nun als Ungelernte da.

Die Menschen, denen das auch passiert ist, die diese Hoffnungen auch hatten und ebenso enttäuscht waren, all diese Menschen lieben Gerhard Gundermann. Und das auch noch posthum, denn sie lieben ihn so sehr, dass sie auch noch zu Tausenden in seine Konzerte ge-

hen, obgleich er ihnen schon 1998 überraschend verstarb.

Er spricht ihnen aus der Seele, drückt ihr Lebensgefühl aus, schafft es, ihre eigenen Gefühle auf besonders poetisch-originelle Weise in Liedern auszudrücken. Und das alles passiert, während nur besonders eingeweihte Wessis überhaupt seinen Namen kennen.

Andreas Dresen machte einen Film

Nun hat Dresen einen Film über dieses Ost-Idol gedreht, einer derjenigen, der seine Begeisterung für diesen DDR-Liedermacher schon sehr früh auch auf befreundete Wessis übertragen konnte. Zum Beispiel auf Axel Prahl, der spielte nicht nur auf dem 60. Geburtstagskonzert zu Ehren von Gundi selbst Musik, sondern nun auch im Gundermann-Film mit. Spannenderweise als sein Stasi-Führungsoffizier, der sich hier wie sehr oft geschehen, als eine Art gütig-akzeptierender, verständnisvoller Ersatzvater, dem vom Vater Verlassenen und vom Vater zu Unrecht lebenslang Beschuldigten aufdrängt und ihm Anerkennung und Stärke zu geben versteht. Dieser Trick ermöglicht es, dass ausgerechnet der Che-Guevara-Bewunderer, der Querdenker und Autoritäts-Kritiker, der nicht eine Spur von Opportunismus an sich hat, sich über 7 Jahre lang hat anwerben lassen, um, wie er denkt, über Missstände zu berichten. Dabei wird er in Wahrheit selbst überwacht und als er denn aussteigt, soll sogar seine Ehe zerstört und er selbst in seiner kritischen Wirkung auf die Vor-Wende-Generation geschwächt werden.

Das Ringen mit seiner früheren IM-Mitarbeit, die er erfolgreich verdrängt hatte, sowie seine langjährig heimlich-traurig-spannungsgeladene Liebe zu Conny, die zunächst mit einem anderen Bandmitglied zusammen ist und erst sehr spät seine Frau wird, das sind die beiden inhaltlichen Schwerpunkte aus dem persönlichen Lebenslauf Gundermanns, die Dresen als Angelpunkte ausgewählt hat.

Das mag die DDR-Fans überraschen, denn für sie ist Gundermann etwas ganz anderes: Er ist eins mit ihnen und ihren Zeiterfahrungen, von denen die meisten

Wessis keinen blassen Schimmer haben. Sie fühlen sich eins mit seinen Liedern und die sind eins mit der Zeit und alles verschmilzt miteinander und um die Stasisache haben sie sich nicht groß gekümmert und die Liebesgeschichte ist ihnen auch schnuppe, denn nichts ist ihnen wichtiger als seine großen Liedtitel, die für sich selbst und direkt zu ihnen persönlich zu sprechen scheinen. Die meisten der DDR-Fans können sie auswendig: „Immer wieder wächst das Gras ...“, „Alle oder keiner!“, „Engel über dem Revier“, „Hier bin ich geboren“

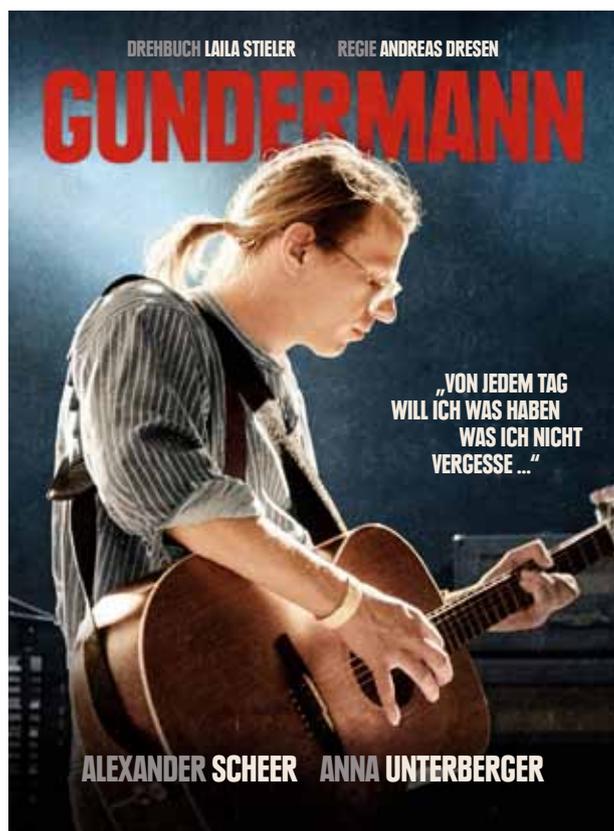
Für sie ist es so, und auch das zeigt Dresen in seinem Film: Gundermann ist nicht tot, er lebt, er ist ein Baggerfahrer, der Lieder schreibt, ein Poet, Clown und Che-Guevara-Kommunist, einer, der Ideale hat und sie konsequent lebt. Einer, der als erstes einen Funktionär auf seiner Baustelle fragt, warum er mit dickem Westschlitten daher kommt. Einer, der gegen Bonzen und deren Privilegien war, der träumt und hofft und liebt und kämpft.

Er ist einer, der nicht leben konnte ohne seinen 24 Meter hohen Schaufelbagger, und der in den 90ern entlassen wurde, wie sie. So wie Zehntausende, wie Millionen, die gedemütigt wurden für einen ganzen Staat. Die sich trotz hochqualifizierter Berufe, auf dem Arbeitsamt als Ungelernte wiederfinden und sich mühevoll in einen Staat integrieren mussten, den sie nie gewollt hatten. Gundi begann nach seiner Entlassung noch eine Tischlerlehre, aber die Arbeitsbedingungen waren ihm unerträglich.

30 Jahre später – wie sehen Menschen in West und Ost den DDR-Baggermann

Interessant wäre, ob der so ganz anders, als seine Fans erwartete Dresen-Film GUNDERMANN es schaffen könnte, dass dieses Ausnahmetalent auch von Wessis wahrgenommen würde. Ob seine Lieder, der Bericht über sein Leben, seine Arbeit, seine Kinderliebe, seine Tierliebe, seine Poesie und sein Ringen mit seiner IM-Vergangenheit, es schaffen könnten, auch über seine Zeit hinaus ins Heute

Fotos:
www.gundermann-derfilm.de/, Credits,
Presseheft, (Doppelseiten), bearbeitet



zu wirken. Deshalb vielleicht hat Dresen darauf verzichtet, den Film mit Fotos von 89er-Demos anzureichern, und ihn nur als einen, in seiner Zeit Verhafteten zu schildern.

Politisch hält sich der Film stark zurück, wirkt nur indirekt, indem er die besondere Art der Selbst-enttendenden Enthüllung seiner IM-Tätigkeit zum roten Faden seines Films macht, und auch die Szene hineinnimmt, wo er, statt einer Entschuldigung sagt, er könne es sich selbst nicht verzeihen und dazu diese Worte: „Ich sehe mich nicht als Opfer und auch nicht als Täter. Ich habe mich mit der DDR eingelassen – mit wem sonst? – und ich habe ausgeteilt und eingesteckt. Und ich habe gelernt. Deswegen bin ich auf der Welt.“

Hier erleben Wessis wie Osis einen anderen IM, als den, den ihnen die Westpresse seit zwei Jahrzehnten vorführt, der nichts als ein gemeiner Spitzel ohne Skrupel ist. Hier erleben sie einen, der als Arbeiter versucht hat, seinen Staat zu verbessern, wie es in dem schönen Lied der vergessenen Nationalhymne heißt: „... dies Land beschirmen und verbessern wir“. Einen, der sich als Arbeiter von der DDR geschützt gefühlt hat, vor dem Raubtierkapitalismus, der dann nach 1990 über das Land hereingebrochen ist und die Arbeit von so vielen zerstört hat.

Wird der Film GUNDERMANN vielleicht einigen Wessis den Lie-

dermacher, Arbeiterdichter und Kommunisten näher bringen? Man kann es hoffen. Und dann, dass der Film auch den Osis gefällt, die seine Leben als Teil ihres eigenen Lebens sehen. Wird es sie nicht langweilen, dass hier so viel von Liebe und IM-Tätigkeit die Rede ist?

Ich glaube nicht, denn der Film ist vielschichtig und überraschend und so was ist immer gut. Er zeigt, welche ungewöhnliche Persönlichkeit Gerhard Gundermann war, wie faszinierend seine oft von einem melancholischen Unterton geprägten Lieder waren und immer noch sind. Er zeigt, wie seine persönliche Auseinandersetzung mit Leben, Tod und Sterben, seine politischen, umweltspezifischen und sozialen Inhalte, seine konkreten Erfahrungen im beruflichen und privaten Alltag, wie so etwas die Menschen begeistert. So sehr, dass man ihn einfach lieben muss. Es gibt so Menschen, die liebt man einfach, denn sie tragen ihre Gefühle unmittelbar auf der Zunge und in den Augen und eigentlich ist jeder so, aber die meisten verbergen es unter „dicken Panzern“, die sie sich angewöhnt haben „gegen den Schmerz“.

Unbedingt anschauen und dazu auch den Dokufilm von 1999: „Ende der Eisenzeit“ von Richard Engel, zu bestellen bei Buschfunk. Gerhard Gundermann: Ein großer Künstler und ein ungewöhnlicher Mensch!

Hier bin ich geboren

*hier bin ich geboren
wo die kübe mager sind wie das glück
hier hab ich meine liebe verlor
und hier krieg ich sie wieder zurück*

*hier liegt mein vater unter der erde
meine mutter liegt aufm balkon
hier frisst mir eine kinderherde
die letzten haare vom ballon
hier sind wir alle noch brüder und schwestern
hier sind die nullen ganz unter sich
hier isst heute nicht besser als gestern
und ein morgen gibt es hier nicht*

*hier hab ich meine letzten freunde beleidigt
harte herzen zu butter getanzt
hier hab ich junge pioniere vereidigt
und weihnachtsbäume gepflanzt
hier hab ich meine leichen im keller
wir spielen mensch ärger dich nicht
hier krieg ich immer nurn halbvollen teller
an einem runden tisch*

*hier gab es billigen fusel auf marken
und genauso sehn wir heute auch aus
hier lässt man fremde nicht gerne parken
es sei den sie geben einen aus
hier drehe ich meine kreise
wie ein fest verankertes schiff
hier führt mich meine reise
nicht weit aber tief*

*hier bin ich geboren
so wie ins wasser fiel der stein
hier hat mich mein gott verlor
und hier holt er mich wieder ein*

Gerhard Gundermann, Album: Frühstück für immer, 1995



Fahrräder für Kuba



Wir sammeln Fahrräder – gut erhaltene, aber auch reparaturbedürftige.

Die Räder werden einer technischen Überprüfung unterzogen, ggf. repariert und mit unseren Solidaritätscontainern nach Kuba geschickt.

Die Fahrräder erhalten die Menschen in den Projektregionen, in denen Cuba Sí aktiv ist.

Kontakt: Werner Gerathewohl, Tel.: (030) 6 55 84 28



Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon (030) 24 00 94 55, -4 56
www.cuba-si.org | berlin@cuba-si.org

Spendenkonto: Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí,
IBAN: DE 06 1005 0000 0013 2222 10,
BIC: BELADEBEXX

Verwendungszweck bitte immer angeben:
„Kuba muss überleben“ oder
„Milch für Kubas Kinder“.

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (033 61) 3 30 69 • Fax (033 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (033 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (033 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Veranstaltungstermine der LINKEN

Wahlkreisversammlung – Wahl des/der Direktkandidaten/in für die Wahl zum 7. Brandenburgischen Landtag

- Wahlkreis 27 (Dahme-Spreewald II/ Oder-Spree I):
Stadt Königs Wusterhausen (LDS), Amt Scharmützelsee, Amt Spreenhagen, Stadt Storkow (Mark), Gemeinde Tauche (alle LOS)
10. November 2018, KiEZ Hölzerner See, Weg zum Hölzernen See 1, 15754 Heidese, OT Gräbendorf
- Wahlkreis 29 (Oder-Spree II):
Amt Brieskow-Finkenheerd, Stadt Eisenhüttenstadt, Stadt Friedland, Amt Neuzelle, Amt Schlaubetal
3. November 2018, „Rotes Café“, Geschäftsstelle Eisenhüttenstadt der Partei DIE LINKE, Lindenallee 30, 15890 Eisenhüttenstadt
- Wahlkreis 30 (Oder-Spree III):
Stadt Beeskow, Stadt Fürstenwalde (Spree), Gemeinde Grünheide (Mark), Amt Odervorland, Gemeinde Rietz-Neuendorf, Gemeinde Steinhöfel
29. September 2018, Altes Rathaus, Am Markt 1, 15517 Fürstenwalde
- Wahlkreis 31 (Märkisch-Oderland I/Oder-Spree IV):
Stadt Erkner, Gemeinde Schöneiche bei Berlin, Gemeinde Woltersdorf (alle LOS), Gemeinde Hoppegarten, Gemeinde Neuenhagen bei Berlin (alle MOL)
5. Oktober 2018, 18 Uhr, Engels Kulturbühne und Restaurant „Zur Süßen Ecke“, Schöneicher Straße 36, 15366 Neuenhagen

Die Wahlkreisversammlungen sind öffentlich. Wahlberechtigt sind Mitglieder der Partei DIE LINKE mit Hauptwohnsitz in den entsprechenden Orten. Fehlende Uhrzeiten bitte in der Kreisgeschäftsstelle erfragen.

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 23. 10., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (033 61) 3 30 69, Fax (033 61) 34 26 24

Sitzungen im Oktober/November 2018

- Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU 9. 10., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12, KWU, Beratungsraum
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 16. 10., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 18. 10., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 18. 10., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 6. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr 7. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 8. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (033 61) 3 30 69, Fax (033 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (033 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (033 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 15. Tag des Vormonats; Auflage: 1 800
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE2217055053410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

■ Fürstenwalde

Was Kopftuchverbot bedeuten kann

Über eine Gesprächsrunde in Fürstenwalde mit MdB Christine Buchholz

Vor zwei Monaten wurde die Debatte um das Kopftuchverbot für muslimische Frauen durch ein Fall in Berlin wieder angeheizt. Eine junge Muslima, die an einer Berliner Grundschule unterrichtet, (In Berlin gilt das „Neutralitätsgesetz“ und es verbietet Frauen mit Kopftuch oder sonstigen religiösen Symbolen im öffentlichen Dienst zu arbeiten.) wollte während ihrer Arbeit ein Kopftuch tragen. Das verweigerte der Senat mit dem Blick auf das Neutralitätsgesetz.

Warum wir uns in Brandenburg und gerade im LOS damit auseinandersetzen sollten, hat einen ganz simplen Grund: Menschen mit Migrationshintergrund waren vor 2015 im LOS kaum zu bemerken. Dies hat sich nun geändert. Wir haben eine neue Situation und müssen uns somit mit diesem Thema beschäftigen. Die Berliner Genoss*innen tun dies schon seit über 20 Jahren. Nun sind wir auch dran, denn die Flüchtlinge oder die Kinder der Flüchtlinge wollen genauso wie ihre deutschen Freund*innen im Arbeitsmarkt Fuß fassen, und der Staat ist ein Arbeitgeber den viele in Betracht ziehen.

Warum also ist es wichtig, dass der Staat es erlaubt, dass Frauen mit

Kopftuch in der Justiz, Polizei und an allgemeinbildenden Schulen arbeiten dürfen und wie wird die staatliche Neutralität bewahrt? Der Staat, und das ist ein bekanntes Argument jedes Linken, ist oft der Vorzeigearbeitgeber. Auf dem Arbeitsmarkt richten sich andere Arbeitgeber auch nach dem Staat. So in etwa können private Unternehmen, Betriebe etc. sagen, dass der Staat auch keine Frauen mit Kopftuch aufnehmen will. Warum sollten wir es also tun?

Das gleiche Szenario kann man an der Befristung von Arbeitsverträgen erkennen. Frauen mit Kopftuch haben es auf dem Arbeitsmarkt und sonst im alltäglichen Leben schwer. Das ist uns allen, glaube ich, bewusst. Dieser Aspekt ist sehr deprimierend für die betroffenen Personen. Studien zeigten, dass Frauen mit Kopftuch 4,5-mal sich öfter für eine normale Stelle bewerben müssen, 7,5-mal mehr auf eine erhöhte Position warten, obwohl die gleiche Qualifikation vorhanden ist. Zu behaupten, dass Frauen mit Kopftuch die Kinder beeinflussen würden, wurde durch keine Studie bewiesen.

Das Neutralitätsgesetz ist für mich aus einem Grund rassistisch:

In der Praxis ziehen nur muslimische Frauen ein Kopftuch an. So wird gezielt eine bestimmte Menschengruppe isoliert, Frauen mit Kopftüchern. Der Unterschied zwischen einer Kopftuch tragenden Frau und einer nicht Kopftuch tragenden Frau (die vielleicht christlich ist) ist, „dass es nicht drauf ankommt, was auf dem Kopf sondern im Kopf ist“ – Christine Buchholz (MdB, DIE LINKE).

Am 21. Juni 2018 haben wir uns mit Christine Buchholz und etwa 30 Gästen in Fürstenwalde in der Kulturfabrik getroffen, um darüber zu sprechen. Christine ist die religionspolitische Sprecherin der Fraktion und bringt somit eine gewisse Expertise noch mit. Christine hat mit Rayan Kassem, die ihr Abitur erfolgreich – wie ich – dieses Jahr beendet hat und die ebenso ein Kopftuch trägt, über das Kopftuchverbot diskutiert. Es war uns wichtig dass wir Rayans Meinung zuhören bekommen. Denn oft reden wir immer nur über Menschen, man sollte aber mit diesen reden,

Rayan machte sich natürlich darüber Gedanken wie es mit ihr weitergeht nach der Schule. Der Gedanke als Lehrerin zu arbeiten, hatte sich spätestens nach dem sie ihr Kopftuch aufsetzte, in Luft aufgelöst. Christine macht klar, warum wir verstehen müssen, dass wir das Kopftuch nicht pauschal als Gegenstand des Patriarchats ansehen dürfen, sondern klar die Emanzipation der muslimischen Frauen erkennen. Deutlich hat sie erwähnt, dass es Zwang gibt und es diesen Zwang zu bekämpfen gilt. Das Kopftuchverbot würde keinem helfen. Die Frauen, die das Kopftuch aufgezwungen bekommen, würden noch mehr isoliert werden. Ihnen würde die Teilhabe am öffentlichen Leben noch mehr erschwert. Selbstbestimmte Entscheidungen der Frauen werden somit verboten. Es braucht also einen aufklärerischen gesellschaftlichen Kampf.



von **Ismail Al-Kayed**, 19 Jahre alt, Fürstenwalde, Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE Oder-Spree, Sprecher der Linksjugend [solid] Oder-Spree, möchte Geschichte und Politik studieren

Zucker-Kasten



Zeichnung: Gertrud Zucker (9/2010)

DIE LINKE unterstützt Aufruf zur Demonstration

#unteilbar Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!

Es findet eine dramatische politische Verschiebung statt: Rassismus und Menschenverachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist kurz darauf Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.

Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten dagegen, wenn Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden sollen.

Das Sterben von Menschen auf der Flucht nach Europa darf nicht Teil unserer Normalität werden. Europa ist von einer nationalistischen Stimmung der Entsolidarisierung und Ausgrenzung erfasst. Kritik an diesen unmenschlichen Verhältnissen wird gezielt als realitätsfremd diffamiert.

Während der Staat sogenannte Sicherheitsgesetze verschärft, die Überwachung ausbaut und so Stärke markiert, ist das Sozialsystem von Schwäche gekennzeichnet: Millionen leiden darunter, dass viel zu wenig investiert wird, etwa in Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung und Bildung. Unzählige Menschen werden jährlich aus ihren Wohnungen vertrieben. Die Umverteilung von unten nach oben wurde seit der Agenda 2010 massiv vorangetrieben. Steuerlich begünstigte Milliardengewinne der Wirtschaft stehen einem der größten Niedriglohnsektoren Europas und der Verarmung benachteiligter Menschen gegenüber.

Nicht mit uns – Wir halten dagegen!

Wir treten für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in der Menschenrechte unteilbar, in der vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind. Wir stellen uns gegen jegliche Form von Diskriminierung und Hetze. Gemeinsam treten wir antimuslimischem Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Antifeminismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit entschieden entgegen.

Wir sind jetzt schon viele, die sich einsetzen:

Ob an den Außengrenzen Europas, ob vor Ort in Organisationen von Geflüchteten und in Willkommensinitiativen, ob in queer-feministi-

schen, antirassistischen Bewegungen, in Migrant*innenorganisationen, in Gewerkschaften, in Verbänden, NGOs, Religionsgemeinschaften, Vereinen und Nachbarschaften, ob in dem Engagement gegen Wohnungsnot, Verdrängung, Pflegenotstand, gegen Überwachung und Gesetzesverschärfungen oder gegen die Entrechtung von Geflüchteten – an vielen Orten sind Menschen aktiv, die sich zur Wehr setzen gegen Diskriminierung, Kriminalisierung und Ausgrenzung.

Gemeinsam werden wir die solidarische Gesellschaft sichtbar machen! Am 13. Oktober wird von Berlin ein klares Signal ausgehen.

#unteilbar

Für eine offene und freie Gesellschaft –
Solidarität statt Ausgrenzung

13. Oktober 2018 | 13 Uhr | Berlin

- Für ein Europa der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit!
- Für ein solidarisches und soziales Miteinander statt Ausgrenzung und Rassismus!
- Für das Recht auf Schutz und Asyl – Gegen die Abschottung Europas!
- Für eine freie und vielfältige Gesellschaft!
- Solidarität kennt keine Grenzen!



#UNTEILBAR
SOLIDARITÄT STATT AUSGRENZUNG
FÜR EINE OFFENE UND FREIE GESELLSCHAFT
13. OKTOBER 2018 | 13:00 UHR BERLIN
WWW.UNTEILBAR.ORG